

Medienecho vor der Konferenz

Inhalt

- Rundfunk Berlin-Brandenburg - 12.03.05 07:15 Uhr
Linke Gruppen treffen sich zu Irak-Konferenz
- Junge Welt, 12.03.2005
Hetze gegen Irak-Konferenz geht weiter
- Der Tagesspiegel, 12.03.2005
Kirche distanziert sich von Irak-Konferenz linker Gruppen
- taz Berlin lokal vom 12.3.2005
Ärger im Vorfeld der Irak-Konferenz
- ngo-online, Internet-Zeitung für Deutschland, 11. März 2005
12. März 2005: "Internationale Irak-Konferenz" wechselt Veranstaltungsort in Berlin
- Presseerklärung der Veranstalter vom 11. März 2005
Trotz Kesseltreiben – die Irakkonferenz findet statt
- Spiegel Online - 11. März 2005, 16:14
Berliner Irak-Konferenz: Amerika-Hasser in Raumnot
- Pressemitteilung der jW zur Irak-Konferenz, 11.03.2005
Kesseltreiben gegen Irak-Konferenz in Berlin geht weiter
- Junge Welt, 11.03.2005
Kritische Irak-Veranstaltungen auf dem Index
- Interreligiöses Zentrum Jerusalem, Berlin, 10.03.05
Pressemitteilung des Interreligiösen Zentrums Jerusalem
- jungle World, 9.3.2005
Heiliger Kriegsrat
- Berliner Morgenpost vom Donnerstag, 3. März 2005
Keine Bedenken gegen Irak-Konferenz
- Die Welt, Do, 3. März 2005
Innensenator Körting: Keine Bedenken gegen Irak-Konferenz in Kreuzberg
- taz Berlin lokal Nr. 7604 vom 2.3.2005
Irak-Konferenz in Kreuzberg
- ddp/chs/clp (Deutscher Depeschendienst), Meldung vom: 2005-03-01 11:03:03
Linke Gruppen planen Internationale Irak-Konferenz in Berlin
- Pressemitteilung der Veranstalter der Irak-Konferenz, 28. Februar 2005
Internationale Irak-Konferenz „Besatzung – Widerstand - Internationale Solidarität“
- World Socialist Web Site (www.wsws.org), 9. Februar 2005
Germany welcomes conference of war criminals, witch-hunts their opponents
- Junge Welt, 08.02.2005
»Frieden für einen freien Irak«
- World Socialist Web Site (www.wsws.org), 3. Februar 2005
Staat und Medien verleumden geplante Irak-Konferenz
- Berlin, Abteilung Verfassungsschutz, Aktuelles - 24. Januar 2005
Linksextremisten planen Irak-Konferenz in Berlin
- Linksruck Nr. 191, 19. Januar 2005
Irak-Konferenz: Recht auf Widerstand
- Junge Welt, 18.01.2005
Interview: »Kompetente Iraker informieren über Widerstand«

Junge Welt, 17.01.2005

Offener Brief - jW dokumentiert Schreiben zu einer in Berlin geplanten internationalen Irak-Konferenz

derStandard.at | Politik | International - 16. Jänner 2005 17:29 MEZ

Anhänger Saddams planen Kongress in Berlin

Internet-Zeitung www.ngo-online.de, 14.01.2005

"Wir beobachten das" - Kriegsgegner planen internationale Irak-Konferenz in Berlin

Der Tagesspiegel online – gedruckte Ausgabe vom 14.01.2005

Prediger klagt gegen Ausweisung Imam wendet sich ans Verwaltungsgericht

Berliner Zeitung - Freitag, 14. Januar 2005

Erneut Kongress in Berlin geplant

B.Z. (Berlin) Politik - 14-01-2005 - 18:59 Uhr

Saddam-Sympathisanten planen Haß-Kongreß in Berlin

Spiegel online - 14. Januar 2005, 18:43

Konferenz in Berlin - Saddam-Fan unter Irak-Freunden

Netzzeitung.de - 13. Jan 2005 17:05

Anhänger Husseins planen Kongress in Berlin

Kurier.at, nachrichten nonstop - Artikel vom 13.01.2005 |apa,dpa |grü

Berlin: Saddam-Anhänger planen Kongress

Spiegel Online - 13. Januar 2005, 19:42

Saddam-Anhänger planen Konferenz

Rundfunk Berlin-Brandenburg - 12.03.05 07:15 Uhr

Linke Gruppen treffen sich zu Irak-Konferenz

http://www.rbb-online.de/_/nachrichten/politik/beitrag_jsp/key=news2244667.html

Irak

Mehrere Gruppen aus dem linksextremen Spektrum treffen sich am Samstag zu einer Irak-Konferenz in Berlin.

Die Veranstaltung findet in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Karlshorst statt. Ursprünglich sollte sie im Interreligiösen Zentrum Hendrik-Kramer-Haus in Kreuzberg abgehalten werden. Wie die Veranstalter am Freitag mitteilten, wurde der Versammlungsraum aber kurzfristig gekündigt.

Für die Organisation der Konferenz verantwortlich zeichnet ein Bündnis aus Friedensgruppen, Globalisierungskritikern und linksgerichteten Organisationen verantwortlich. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten handelt es sich bei ihnen um ein eng begrenztes Spektrum von deutschen Linksextremisten.

Eine Sprecherin von Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sagte, es gebe nach derzeitigem Kenntnisstand keinen Anlass für ein Verbot der Veranstaltung.

Junge Welt, 12.03.2005

Hetze gegen Irak-Konferenz geht weiter

<http://www.jungewelt.de/2005/03-12/014.php>

Inland , Peter Wolter

Auch Fachhochschule in Berlin kündigte Räume. Veranstaltung findet dennoch statt – mit türkischer Hilfe

Das Kesseltreiben gegen die für Samstag in Berlin geplante Internationale Irak-Konferenz geht weiter. Nachdem das evangelische Hendrik-Kraemer-Haus am Donnerstag den Vertrag über die Nutzung seiner Räume gekündigt hatte, schloß sich am Freitag die FH für Technik und Wirtschaft (FHTW) an, bei der ersatzweise ein Hörsaal gebucht worden war.

»Trotz aller Verleumdungsversuche werden wir die Konferenz wie geplant durchziehen«, sagte Joachim Guilliard, einer der Organisatoren, gegenüber jW. »Die Gegner dieser Konferenz wollen verhindern, daß die Öffentlichkeit ein realistisches Bild des Widerstandes im Irak gewinnt. Sie fürchten, daß die US-Propaganda durch authentische Informationen unterlaufen werden könnte.«

Bei der Kündigung des Hendrik-Kraemer-Hauses hatte offensichtlich der Staatsschutz seine Hand im Spiel. Superintendent Lothar Wittkopf hatte gegenüber junge Welt zugegeben, daß sich die Innenbehörde und die Polizei eingeschaltet hatten (jW vom 10.3.). Der Raum in der FHTW wurde ohne weitere Begründung gekündigt – Anlaß dazu war eine offenbar von »Antideutschen« verfaßte Mail an das Rektorat, in der es hieß, bei der Konferenz gebe es einen »Aufruf zu Selbstmordattentaten«.

Stein des Anstoßes ist Konferenzteilnehmer Awni Al-Kalemji von der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), die 1992 im schwedischen Exil gegründet wurde und der panarabische, sozialistische, kommunistische und religiöse Gruppen angehören. Ihm wird die Aussage vorgeworfen, die US-Besatzer könne man nur durch bewaffneten Kampf aus dem Lande jagen. Die Kritiker unterschlagen jedoch, daß er persönlich und seine Organisation Terroranschläge gegen Zivilisten oder Entführungen von Journalisten immer verurteilt haben. Die Kritiker verschweigen auch, daß Al-Kalemji im Einklang mit dem Völkerrechts steht, das Widerstand gegen Besatzer für legitim erklärt.

Im Mittelpunkt der um 10 Uhr beginnenden Konferenz stehen Berichte von Irakern über die Lage in ihrem Land. Ziel ist es u.a., ein realistisches Bild über die verschiedenen Facetten des Widerstandes gegen die US-Besatzer und ihre Kollaborateure zu gewinnen. Neuer Veranstaltungsort ist das Gebäude des türkischen Vereins IKAD in Berlin-Kreuzberg, Skalitzer Straße 34 (U-Bahnstation Görlitzer Bahnhof). Der Journalist und Ossietzky-Mitherausgeber Eckart Spoo, der als Moderator bei der Konferenz vorgesehen ist, kommentierte dazu: »Wie gut, daß es unsere türkischen Freunde in Kreuzberg gibt. Denen haben wir es zu verdanken, daß wir unser Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und freie Information wahrnehmen können.«

* www.irakkonferenz.de

Der Tagesspiegel, 12.03.2005

Kirche distanziert sich von Irak-Konferenz linker Gruppen

<http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/12.03.2005/1697527.asp>

Zu einer „Internationalen Irak-Konferenz“ treffen sich heute linksgerichtete Gruppen in Berlin. Die Veranstaltung mit dem Untertitel „Besatzung – Widerstand – Internationale Solidarität“ sollte ursprünglich im Interreligiösen Zentrum Jerusalemkirche an der Lindenstraße in Kreuzberg stattfinden – doch der Kirchenkreis Berlin-Mitte kündigte den Mietvertrag wegen politischer Bedenken. Gestern widerrief auch die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Karlshorst eine Mietvereinbarung. Nun sollen Räume eines türkischen Vereins in Kreuzberg genutzt werden.

Die Senatsverwaltung für Inneres sieht keinen Anlass für ein Verbot der Konferenz. Trotzdem hatte sich das Kirchenzentrum anhand von Medienberichten entschlossen, die Räume nicht zur Verfügung zu stellen. Es ging vor allem um den als Redner vorgesehenen Sprecher der „Irakischen Patriotischen Allianz“, Awni al-Kalemji, der sich für Anschläge im Irak ausgesprochen haben soll. So zitierte ihn das ARD-Fernsehmagazin Panorama Ende 2003 mit den Worten: „Wenn man die Besatzer schlagen will, gibt es nur einen Weg: einen Guerilla-Krieg, bewaffneten Kampf. Die Leute, die mit der Besatzung kooperieren, etwa Polizisten, alle diese Leute sind Ziele für uns.“

Zu den Unterstützern der Konferenz gehören die „Attac Arbeitsgemeinschaft Globalisierung und Krieg“, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Berlin, der Deutsche Friedensrat und der Deutsche Freidenkerverband.
CD

taz Berlin lokal vom 12.3.2005

Ärger im Vorfeld der Irak-Konferenz

<http://www.taz.de/pt/2005/03/12/a0241.nf/text.ges,1>

Am Irakkrieg entzündeten sich die Differenzen in der Antikriegsbewegung: In welcher Form ist Widerstand gegen die Politik der USA im Irak angemessen? Die Querelen im Vorfeld der Irak-Konferenz zeigen, worum es geht

Am 20. März jährt sich zum zweiten Mal der Angriff der USA auf den Irak, der zum Sturz des Saddam-Regimes führte. Damals gingen in Deutschland Zigtausende auf die Straße. Davon kann derzeit nicht die Rede sein. Denn in der Antikriegsbewegung sind die Differenzen groß. Wie hält man es mit dem irakischen Widerstand? Können Islamisten und Anhänger des Saddam-Regimes Verbündete sein?

Eine von Friedensgruppen und der Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg vorbereitete Internationale Irak-Konferenz am Samstag sollte die zerstrittenen KriegsgegnerInnen an einen Tisch bringen. Außerdem sollten Referenten von irakischen Widerstandsgruppen ihre Sicht der Situation darlegen.

Doch im Vorfeld sorgte die politische Ausrichtung der Konferenz für neuen Streit. Mangelnde Distanz zum bewaffneten Widerstand im Irak wurde den VeranstalterInnen vorgeworfen.

Mit dieser Begründung kündigte auch das Interreligiöse Zentrum Jerusalem den OrganisatorInnen den vor Monaten gebuchten Veranstaltungsraum. Die geplante Teilnahme von Awni al-Kalemjides, dem Sprecher der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), die nach Pressemeldungen bewaffnete Anschläge im Irak befürwortet, werde abgelehnt, geht aus einer Pressemitteilung des Interreligiösen Zentrums hervor.

Auch der am Donnerstag kurzfristig angemietete Seminarraum in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft wurde wieder gekündigt. Der Schritt sei erfolgt, weil die Veranstalter die politischen Hintergründe nicht transparent gemacht hätten, erklärte eine FHTW-Pressesprecherin. Das sei keine politische Bewertung der Konferenz.

Am Freitagnachmittag stand fest, dass die Konferenz nun in den Räumen des türkischen Vereins IKAD im Hinterhaus der Skalitzer Str. 34 stattfinden wird. Ob sich die Querelen im Vorfeld auf der Konferenz fortsetzen, ist offen. "PETER NOWAK

Irak-Konferenz, Heute, ab 10 Uhr, im IKAD, Skalitzer Str. 34

ngo-online, Internet-Zeitung für Deutschland, 11. März 2005

12. März 2005: "Internationale Irak-Konferenz" wechselt Veranstaltungsort in Berlin

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=10642

Am kommenden Samstag, den 12.3. findet die angekündigte "Internationale Irak-Konferenz" nicht im Hendrik-Kraemer-Haus statt, sondern in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Teskowallee 8, 10318 Berlin, Seminarraum 125, (Hauptgebäude) an der U-Bahn-Station Tierpark. Beginn 10 Uhr, Ende 19 Uhr, wie Joachim Guilliard, einer der Veranstalter mitteilte. Drei Tage vor der Veranstaltung hätten der evangelische Kirchenkreis Berlin-Stadtmitte und die Jerusalem-Kirchengemeinde den vertraglich zugesagten Raum im Hendrik-Kraemer-Haus gekündigt.

Hintergrund seien zum einen Initiativen von staatlicher Seite. So habe es Nachfragen von der Innenbehörde und dem Staatsschutz der Polizei gegeben. Kündigungen mit gleichen Wortlaut gab es auch für Räume die "Solidarität International" für Informationsveranstaltungen mit einem der Referenten von Berlin gebucht hatte. Mit diesem, Awni al-Kalemij dem Irakischen Patriotischen Allianz werden die Kündigungen auch begründet, da er zum bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsmächte im Irak aufgerufen habe.

Das hätten zwar schon viele gemacht, die später, wie Nelson Mandela oder Tito, sogar geachtete Staatschef wurden, aber solange sie Gegner einer befreundeten Macht sind, sei eine solche Haltung laut Joachim Guilliard ein Verbrechen und dürfe hier nicht einmal diskutiert werden.

Ein Artikel der jungle World legt nahe, daß auch von dieser Seite, d.h. Antideutsche und der Kreis um Hans Branscheidt, die für solche Aktionen bekannte sind, mit Diffamierungen Stimmung gegen die Konferenz gemacht wurde. Die Kirchenvertreter sorgten sich auf alle Fälle auch wegen einer angekündigten Gegendemo um den Frieden um ihr Haus und das benachbarte Jüdische Museum.

Presseerklärung der Veranstalter vom 11. März 2005

Trotz Kesseltreiben – die Irakkonferenz findet statt

Die Internationale Irakkonferenz findet am Samstag, dem 12. März in Berlin statt. Das Thema heißt „Besatzung – Widerstand – Solidarität“.

Seit Wochen gibt es ein Kesseltreiben gegen diese Konferenz. Da wird behauptet, es werde zu Selbstmordattentaten aufgerufen, andere sagen das Motiv, sei Hass gegen Amerika. Diese ungeheuerlichen Anschuldigungen zielen darauf ab, unser Anliegen zu verunglimpfen. Das führte zu Verunsicherung und dazu, dass schon bereitgestellte Räume wieder gekündigt wurden.

Der Krieg hat den Irakern keine Freiheit gebracht. Zwar wurde der Diktator Saddam Hussein gestürzt. Aber solange die Besatzer im Lande sind, kann von Selbstbestimmung keine Rede sein. Es gibt keine Sicherheit und keine Arbeit. Nicht einmal sauberes Wasser und Elektrizität sind gewährleistet. Krankenhäuser und Schulen sind zerstört. Tausende Kinder sind vom Hungertod bedroht.

Während das Land tagtäglich mehr und mehr im Chaos versinkt, organisieren die Besatzer den neoliberalen Ausverkauf und den Raub an Naturschätzen.

Die Unterstützer der Konferenz sind sich einig in der Position, dass die Iraker das Recht auf Widerstand gegen die Besatzer haben. Es wurden Gäste aus dem Irak eingeladen, die verschiedenen politischen Strömungen angehören. Sie werden über die Verhältnisse in ihrem Land, über den Widerstand und ihre Ziele für die Zeit nach der Besatzung berichten. Keiner unserer Referenten wird Terroranschläge gegen Zivilisten verteidigen.

Awni Al-Kalemji, Sprecher der 1992 im schwedischen Exil gegründeten Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), wird vorgeworfen, er habe zum bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungsmacht aufgerufen. Das hat er getan, und das kann auch nachgelesen werden. Es kann aber auch nachgelesen werden, dass er persönlich und auch seine Organisationen stets Terroranschläge gegen Zivilisten und die Entführung von Journalisten verurteilte. Er wird über die Haltung seiner Organisationen berichten und Perspektiven aufzuzeigen. Ebenso Sami Ramadani, Universitätslehrer, der in London im politischen Exil lebt. Seine Kommentare erscheinen häufig im britischen „Guardian“. Der dritte Gast schließlich, Scheich Hadi Al Khalissi, ist Vertreter der Dachorganisation „Iraqi National Foundation Congress“ (INFC). Das ist ein breites politisches Bündnis gegen die Besatzung, dem über 60 linke, nationalistische oder islamische Organisationen und Vertreter aller Konfessionen und Volksgruppen angehören.

Die Gegner der Konferenz wollen verhindern, dass authentische Informationen über die Realität und den Widerstand im Irak die US-Propaganda unterlaufen. Deshalb verbreiten sie Lügen.

Die Unterstützer der Konferenz orientieren auf die internationalen Proteste gegen Krieg und Besatzung, die anlässlich des 2. Jahrestages des Angriffs auf den Irak, am 19. und 20. März, in Brüssel und weltweit stattfinden.

Das International Action Center, ein Friedensbündnis in den USA, hat unserer Konferenz Solidaritätsgrüße übermittelt.

Die Irak-Konferenz findet statt im Gebäude des türkischen Vereins IKA in Berlin-Kreuzberg, Skalitzer Straße 34 (Nähe U-Bahnstation Görlitzer Bahnhof).

Der Journalist und Mitherausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“, Ekkart Spoo, der bei der Konferenz moderiert, kommentierte: „Wie gut, dass es unsere türkischen Freunde in Kreuzberg gibt. Denen haben wir es zu verdanken, dass wir unser Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und freie Information wahrnehmen können.“

www.irakkonferenz.de

Für Nachfragen: Rüdiger Göbel, Tel. 030-536 355 13, Barbara-Fuchs@web.de, joachim.guilliard@t-online.de

Spiegel Online - 11. März 2005, 16:14

Berliner Irak-Konferenz: Amerika-Hasser in Raumnot

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,345883,00.html>

Von Yassin Musharbash und Ronald Heinemann

Sie halten den bewaffneten Aufstand im Irak für "antikolonialen Häuserkampf" und sammeln Geld für den "Widerstand". Doch die Konferenz, die das Bündnis von linksextremen und antiimperialistischen Gruppen morgen in Berlin abhalten will, wird wohl scheitern: Ein Mietvertrag nach dem anderen wird gekündigt.

Berlin - "Wir werden die Konferenz nicht ausfallen lassen", sagte Mitveranstalterin Barbara Fuchs heute zu SPIEGEL ONLINE. Doch langsam wird es eng für die für Morgen angesetzte Konferenz unter dem Titel "Besatzung, Widerstand, Internationale Solidarität": Die Veranstalter finden keinen geeigneten Raum. In nur zwei Tagen kündigten gleich zwei Vermieter die Verträge.

Das Interreligiöse Zentrum Jerusalem (IZJ) im Berliner Stadtteil Kreuzberg erklärte gestern, man "sah sich zu diesem Schritt veranlasst, nachdem Erkenntnisse über Tendenzen der Veranstaltung gewonnen worden sind, die für die Arbeit des IZJ untragbar sind". Dazu zähle die geplante Teilnahme des Sprechers der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), Awani al-Kalemji. "Wir werden niemals akzeptieren, uns selbst zu entwaffnen, um uns auf zahnlose, friedliche Aktion zu beschränken", hatte al-Kalemji vor anderthalb Jahren in einem Interview mit der Antiimperialistischen Koordination erklärt.

Auch die Fachhochschule für Wirtschaft und Technik in Berlin, von der die Veranstalter ersatzweise Räumlichkeiten angemietet hatten, hat heute den Vertrag gekündigt. "Wir fühlen uns getäuscht", erklärte Sprecherin Gisela Hüttinger SPIEGEL ONLINE. "Wir wurden nicht informiert, welcher Art die Veranstaltung ist." Jetzt suchen die Konferenzveranstalter Ersatz.

"Anti-kolonialer Häuserkampf"

Die Konferenz steht seit Monaten in der Kritik. Schon im Januar erklärte der Berliner Innensenator Eckhart Körting (SPD), unter den Teilnehmern seien Anhänger des gestürzten Diktators Saddam Hussein zu vermuten. Diese Bemerkung war seinerzeit auf den seit Jahren in Deutschland lebenden Iraker Aziz Alkazaz gemünzt, einen Mitarbeiter der renommierten Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, der bereits mehrfach durch Verständnis für den Schlächter vom Tigris auffiel. Die Teilnahme von Alkazaz ist zwar noch offen. Doch mittlerweile verstärkt sich der Eindruck, auch sonstige Teilnehmer der Konferenz seien eher von knallhartem Anti-Amerikanismus als von Solidarität oder der linken Debatte um die Gewaltfrage getrieben. So beklagt etwa Mitinitiator Klaus von Raussendorff in Artikeln die "Verteufelung" des Baath-Regimes durch die Medien, während er den Widerstand zum "antikolonialen Häuserkampf" verklärt.

Dass bislang jede militante Gruppe im Irak, die sich an die Weltöffentlichkeit gewandt hat, islamistisch argumentierte - selbst, wenn Ex-Baathisten beteiligt sind -, irritiert von Raussendorff dabei nicht. Ebenso wenig scheint er sich an der Tatsache zu stören, dass fast alle dieser Gruppen irakische Polizisten für genau so legitime Ziele halten wie US-Soldaten. Von Raussendorff freut sich stattdessen über "professionelle Militärs und Sicherheitskräfte des alten Staatsapparats sowie Milizen der Baath-Partei", die "das Rückgrat des militärischen Widerstands" bildeten.

"Wahrscheinlich Medikamente, keine Waffen"

Eine Unterscheidung zwischen Terror und Widerstand hält er für unnötig: "Es braucht nicht unsere Sorge sein, wo die Grenze fließt", sagt er. Wichtig sei allein, zu erkennen, dass alle Anschläge im Irak auf die Präsenz der US-Truppen zurückzuführen seien. Selbst für den Anschlag von Hilla, der 125 Iraker das Leben kostete, tragen nach seiner Ansicht die USA die Verantwortung.

Ursprünglich, so erklärte Mitinitiator Joachim Guilliard vom "Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg" im Januar gegenüber SPIEGEL ONLINE, habe man auf der Konferenz die Frage diskutieren wollen, unter welchen Umständen Gewalt im Kampf gegen Besatzer legitim sei. Mittlerweile aber scheinen sich die treibenden Kräfte entschieden zu haben.

"Wir begrüßen jede Form des irakischen Widerstands", sagt zum Beispiel Gernot Bodner von der Antiimperialistischen Koordination (AIK), deren Hauptsitz in Wien liegt. Auch hier ist Differenzierung Fehlanzeige. Die AIK spricht lieber durch Taten: Sie ist Initiatorin der so genannten "10-Euro-Kampagne", mit der der Widerstand im Irak unterstützt werden soll. "Wahrscheinlich Medikamente, aber bestimmt keine Waffen", würden mit den Spenden gekauft, so Bodner reichlich unkonkret. Recherchen des NDR-Magazins "Panorama" vom Dezember 2003 zufolge ist der Nutznießer allerdings ausgerechnet die IPA von Awani al-Kalemji. "Vor gut einem Monat haben wir sieben Militärfahrzeuge gesprengt. Wie viele Tote weiß ich nicht,

aber lebend raus gekommen ist ... keiner", brüsteten sich deren Aktivisten sich "Panorama" zufolge nach einem Anschlag.

"Kein Podium für Baathisten"

Barbara Fuchs, die für die Arbeitsgemeinschaft (AG) "Globalisierung und Krieg" des globalisierungskritischen Netzwerks Attac an der Konferenz mitplant, betont, dass auch pazifistische Organisationen teilnehmen wollten. Niemand sei für Selbstmordattentate. Sie zieht persönlich einen Trennstrich zwischen Widerstand (gegen US-Besatzer) und Terror (gegen Zivilisten). "Wir wollen kein Podium für Baathisten", sagt Fuchs. Aber sie ergänzt: "Dass sie Teil des Widerstands sind, muss man zur Kenntnis nehmen". Fuchs' Mutterorganisation Attac unterstützt die Konferenz allerdings nicht. "Attac als Ganzes ist gegen eine Teilnahme", sagt Sprecher Malte Kreuzfeld. Jede AG habe aber ihr eigenes Programm.

Es müsse doch möglich sein, so Fuchs, über das Thema Widerstand im Irak eine Konferenz abzuhalten. Sie berichtet von Einschüchterungsversuchen per E-Mail, befürchteten Konfrontation mit politischen Gegnern und einer angeblich verzerrten Berichterstattung in den Medien - woran freilich die Radikalrhetorik von Raussendorffs und Konsorten erheblichen Anteil hat.

Sollte sich noch ein Veranstaltungsort finden, wird Barbara Fuchs' Hoffnung derweil wohl erfüllt: Bis jetzt sieht die Berliner Innenbehörde keinen Grund, die Konferenz zu verbieten. "Alle von uns im Vorfeld überprüften Äußerungen werden vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt", so ein Sprecher des Innensenators.

Pressemitteilung der jW zur Irak-Konferenz, 11.03.2005

Kesseltreiben gegen Irak-Konferenz in Berlin geht weiter

Auch Ersatzräume an Fachhochschule gekündigt

Das Kesseltreiben gegen die für Samstag in Berlin geplante Internationale Irak-Konferenz geht weiter. Nachdem das evangelische Hendrik-Kraemer-Haus am Donnerstag den Vertrag über die Nutzung seiner Räume gekündigt hatte, schloß sich am Freitag die FH für Technik und Wirtschaft (FHTW) an, bei der ersatzweise ein Hörsaal gebucht wurde. Dies berichtet die Tageszeitung junge Welt (Samstagsausgabe).

„Trotz aller Verleumdungsversuche werden wir die Konferenz wie geplant durchziehen“, sagte Joachim Guilliard, einer der Organisatoren gegenüber „junge Welt“. „Die Gegner dieser Konferenz wollen verhindern, daß die Öffentlichkeit ein realistisches Bild des Widerstandes im Irak gewinnt. Sie fürchten, daß die US-Propaganda durch authentische Informationen unterlaufen werden könnte.“

Bei der Kündigung des Hendrik-Kraemer-Hauses hatte offensichtlich der Staatsschutz seine Hand im Spiel. Superintendent Lothar Wittkopf hatte gegenüber „junge Welt“ zugegeben, daß sich die Innenbehörde und die Polizei eingeschaltet hatten. Der Raum in der FHTW wurde ohne weitere Begründung gekündigt – Anlaß dazu war nach Informationen von „junge Welt“ eine offenbar von „Antideutschen“ verfaßte Mail an das Rektorat, in der es hieß, bei der Konferenz gebe es einen „Aufruf zu Selbstmordattentaten“.

Im Mittelpunkt der um 10 Uhr beginnenden Konferenz stehen Berichte von Irakern über die Lage in ihrem Land. Ziel ist es u.a., ein realistisches Bild über die verschiedenen Facetten des Widerstandes gegen die US-Besatzer und ihre Kollaborateure zu gewinnen.

Neuer Veranstaltungsort ist das Gebäude des türkischen Vereins IKAD in Berlin-Kreuzberg, Skalitzer Straße 34 (an der U-Bahnstation Görlitzer Bahnhof). Der Journalist und Mitherausgeber der Zweiwochenzeitschrift „Ossietzky“, Ekkart Spoo, der als Moderator bei der Konferenz vorgesehen ist, kommentierte dazu: „Wie gut, daß es unsere türkischen Freunde in Kreuzberg gibt. Denen haben wir es zu verdanken, daß wir unser Grundrecht auf Versammlungsfreiheit und freie Information wahrnehmen können.“

Für Nachfragen steht Ihnen Rüdiger Göbel (Telefon 030-53635513) zur Verfügung

Junge Welt, 11.03.2005

Kritische Irak-Veranstaltungen auf dem Index

<http://www.jungewelt.de/2005/03-11/013.php>

Behörden erwirkten Kündigung von Räumen. Internationale Konferenz in Berlin findet dennoch statt

Peter Wolter

Der Besuch von US-Präsident George W. Bush ist erst gute zwei Wochen her – und schon bemühen sich bundesdeutsche Behörden ganz offensichtlich, kritische Veranstaltungen gegen den Irak-Krieg zu verhindern. In Nürnberg und Esslingen wurden durch Einwirkung der jeweiligen Stadtverwaltung Räume gekündigt, die »Solidarität International« für Informationsveranstaltungen gebucht hatte. In Berlin kündigte der Kirchenkreis Berlin-Mitte kurzfristig den Mietvertrag für das Hendrik-Kraemer-Haus, in dem am Samstag eine internationale Irak-Konferenz vorgesehen war. Die Veranstaltung wird dennoch am 12. März stattfinden: an einem anderen Ort.

Die Begründung war in allen drei Fällen fast identisch: Der Sprecher der Irakischen Patriotischen Allianz, Awni al-Kalemij, der zu diesen Veranstaltungen eingeladen war, habe zum bewaffneten Kampf gegen die Besatzungsmächte im Irak aufgerufen. Die Kündigung der Räume für die Berliner Irak-Konferenz sei nicht von außen beeinflusst worden, sagte Superintendent Lothar Wittkopf gegenüber junge Welt. Dann ergänzte er jedoch: »Es hat Nachfragen von der Innenbehörde, von der Polizei gegeben. Die Polizei kam ja selbst auf uns zu, sie kam ins Haus.« Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hatte allerdings erst letzte Woche noch erklärt, er sehe keinen Anlaß, diese Konferenz zu verbieten.

Den Organisatoren gegenüber hatte Wittkopf als weitere Begründung angeführt, einige der an der Konferenz beteiligten Gruppen hätten »antizionistische« Texte auf ihrer Website, und das nahe gelegene Jüdische Museum beobachte genau, was sich im Hendrik-Kraemer-Haus tue. In einer Stellungnahme des Deutschen Freidenkerverbandes hieß es dazu: »Was haben Krieg und Besetzung im Irak mit Zionismus oder Israel zu tun? Und handelt es sich um ein Jüdisches Museum oder um eine Außenstelle der Likud-Regierung? Schließlich: Ist der Zionismus bereits heilig gesprochen und Kritik an ihm ein Sakrileg?«

Die Internationale Irak-Konferenz behandelt die Themenkreise »Frieden für den Irak«, »Besatzungsrealität, Widerstand und Auswirkungen auf die Region« sowie »Keine deutsche Unterstützung der Besetzung im Irak! Perspektiven der Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Islamfeindlichkeit«. Ein Schwerpunkt der Veranstaltung ist der zweite Themenkomplex, in dem Vertreter irakischer Oppositionsgruppen über die Lage in ihrem Lande berichten.

Die Irak-Konferenz wird von einem breiten Spektrum politischer Gruppen getragen – etwa von der ATTAC-Arbeitsgemeinschaft »Globalisierung und Krieg«, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), dem Deutschen Freidenkerverband oder der Berliner DKP.

* Internationale Irak-Konferenz: FH für Technik und Wirtschaft, Treskowallee 8, Berlin – Raum 125 im Hauptgebäude, 12. März, 10–19 Uhr (U 5, Tierpark). Info: www.irakkonferenz.de

Interreligiöses Zentrum Jerusalem, Berlin, 10.03.05

Pressemitteilung des Interreligiösen Zentrums Jerusalem

Die Internationale Irak-Konferenz "Besatzung, Widerstand, Internationale Solidarität" wird nicht in den Räumen des Interreligiösen Zentrums Jerusalem (IZJ) stattfinden. Das IZJ hat den Mietvertrag mit den Veranstaltern am 9. März 2005 gekündigt. Das IZJ sah sich zu diesem Schritt veranlasst, nachdem Erkenntnisse über Tendenzen der Veranstaltung gewonnen worden sind, die für die Arbeit des IZJ untragbar sind.

Dazu zählt insbesondere die geplante Teilnahme des Sprechers der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), Awni al-Kalemji. Die IPA befürwortet laut Medienberichten terroristische Anschläge im Irak. Als Veranstalter und Unterstützer der Veranstaltung tritt zudem ein Bündnis aus so genannten Antiimperialisten auf. Es gibt Hinweise, dass dieses mit der Spendenkampagne "10 Euro für den irakischen Widerstand" ebenfalls terroristische Bestrebungen im Irak befördert. Zudem sind einige der vorgesehenen Referenten durch antizionistische Äußerungen aufgefallen.

Das Interreligiöse Zentrum Jerusalem ist eine Initiative des Evangelischen Kirchenkreises Berlin-Stadtmitte und des Evangelischen Zentrums für Kinder- und Jugendhilfe "Die Wille". Dieses hat sich zum Ziel gesetzt, interkulturelle Bildung und interkulturelle Begegnung zu fördern. Das IZJ arbeitet eng mit dem Jüdischen Museum in Berlin zusammen.

jungle World, 9.3.2005

Heiliger Kriegsrat

<http://www.jungle-world.com/seiten/2005/10/5049.php>

Am kommenden Samstag veranstalten Unterstützer des so genannten Widerstands im Irak eine Konferenz in Berlin. von ivo bozic

Am 20. März jährt sich zum zweiten Mal der Angriff der USA auf den Irak. Und wie im vergangenen Jahr trommeln Unterstützer des Terrorismus im Irak weltweit an diesen Tagen zum Protest. »Unterstützt den irakischen Widerstand«, fordert die Antiimperialistische Koordination (AIK) aus Wien auf einem Flugblatt, mit dem sie zu Aktionen am 19. März aufruft. Bereits am 12. März soll in Berlin eine »Internationale Irak-Konferenz« stattfinden, mitorganisiert ebenfalls von der AIK.

Währenddessen im Irak: Auch hier sind wie im vorigen Jahr die Terroristen vor dem Jahrestag besonders aktiv. Der Bombenanschlag in Hilla in der vergangenen Woche, der 125 Menschen, allesamt Iraker, aus dem Leben riss und über 130 verletzte, war nicht nur die brutalste Terroraktion seit Kriegsende, sondern auch der Auftakt für eine Reihe weiterer mörderischer Angriffe.

Um zu beraten, wie man diesen »Widerstand« weiter unterstützen kann, wird sich am Wochenende in Berlin ein Bündnis von Linken und arabischen Nationalisten versammeln. Zu den Veranstaltern gehören neben der Tageszeitung junge Welt und der AIK unter anderen der Deutsche Freidenkerverband, Linksruck, die Attac-AG Globalisierung und Krieg, die DKP Berlin, die KPD, das Arabische Kulturforum Berlin, der Deutsche Friedensrat, das ba'athistische Komitee Freier Irak und die Betreiber der Zehn-Euro-Kampagne, bei der Geld für die Terroristen gesammelt wird.

Obwohl diese Gruppen allesamt ihre Solidarität mit dem »Widerstand« eint, hat die blutige Realität im Irak dazu geführt, dass selbst eingefleischte Antiimperialisten langsam auf Distanz gehen. So bekannte sich im vorigen Jahr die DKP zu ihrer Schwesterpartei, der irakischen KP, die den Terror entschieden ablehnt und Teil des Regierungsrates im Irak war. Das führte zu schweren Verwerfungen innerhalb der DKP (Jungle World, 49/04). Auf dem letzten Parteitag konnte sich am 13. Februar der Vorstand der DKP mit seiner Haltung durchsetzen. Allerdings mussten sich der Vorsitzende Heinz Stehr und seine Stellvertreter bei der Vorstandswahl mit deutlich weniger Stimmen zufrieden geben. Anträge, den »Widerstand« zu unterstützen, wurden abgelehnt.

Zu einem weiteren Konflikt kam es auf einem der Vorbereitungstreffen zur Irak-Konferenz, das im Januar in den Räumen der jungen Welt stattfand. Vertreter der antiimperialistischen Gruppe »Verlag Neue Einheit«, die sich auf die glorreiche Tradition der stalinistischen KPD/ML beruft, stellten dabei den emanzipatorischen Charakter der irakischen »Widerstandskräfte« in Frage. Speziell das Gerede der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA) von einer »zionistischen Okkupation«, und die Verteidigung der antisemitischen palästinensischen Hamas auf dem Vorbereitungstreffen wurden von der Gruppe kritisiert. »Sollen ultrarechte und Nazi-Thesen im Raum stehen bleiben?« fragten ihre Vertreter und sahen sich daraufhin heftigen Anwürfen ausgesetzt. Auch ihr Vorschlag, sich von der »reaktionären Rolle des politischen Islam« zu distanzieren, wurde entschieden abgelehnt.

Dabei hat sogar die AIK gemerkt, dass ihre offene Sympathie und Unterstützung für den Terrorismus selbst bei überzeugten Revoluzzern zuweilen ein gewisses Erschrecken vor dem Ausmaß der Gewalt auslöst, angesichts der Bilder von willkürlich ermordeten Irakis und enthaupteten Geiseln. Seitdem das NDR-Magazin »Panorama« Ende Januar ein Video ausstrahlte, auf dem Attentäter berichten, dass sie ihr blutiges Handwerk nicht etwa aus antiimperialistischer oder islamistischer Gesinnung betrieben, sondern weil sie dafür – aus verborgenen Schatullen des alten Saddam-Regimes – bezahlt würden, rückte auch die Zehn-Euro-Spendenkampagne wieder in ein schlechtes Licht.

Die AIK sah sich daraufhin genötigt zu erklären, von dem Geld habe man zwei Tonnen Medikamente in die Region um Falluja gebracht. Dabei stammt das Geld für die Medikamente in Wirklichkeit von der Irakischen Gemeinde Österreichs. Nur die Transportkosten in Höhe von 1 870 Euro kommen ihren eigenen Angaben zufolge aus der AIK-Kriegskasse.

Dass es den Teilnehmern der Konferenz nicht nur um ideelle Unterstützung geht und dass auch der bewaffnete Kampf ihre volle Unterstützung findet, haben die meisten bereits in der Vergangenheit zum Ausdruck gebracht. Der Podiumsgast Awni al-Kalemji, der Sprecher der IPA, erklärte: »Wenn man die Besatzer schlagen will, gibt es nur einen Weg: einen Guerilla-Krieg, bewaffneten Kampf.« Dabei handele es sich um einen »heiligen Krieg gegen die zionistisch-imperialistische Koalition«.

An der Konferenz will auch Scheich Jawad al-Khalisi teilnehmen, von dem das Zitat stammt: »Der bewaffnete Widerstand ist etwas völlig Normales und auch nach internationalem Recht völlig legitim. Oder war etwa die französische Résistance gegen die Nazi-Besatzung nicht legitim? Jedes Volk hat das Recht, gegen Fremdherrschaft bewaffnet aufzustehen.«

Denselben revisionistischen Vergleich zog auch Werner Pirker in der jungen Welt. Der irakische »Widerstand« sei »nicht mehr und nicht weniger terroristisch, als es die französische Resistance war«, meint Pirker. Der Organisator der Konferenz, Joachim Guillard vom Antikriegsforum Heidelberg, hat öffentlich erklärt: »Widerstand, auch militärische Aktionen gegen die Besatzer, ist selbstverständlich legitim. Das hat mit Terrorismus im engeren Sinne nichts zu tun.«

Diese bellizistischen Friedensfreunde wollen nun am 12. März in Berlin ihr weiteres Vorgehen besprechen. Ort des Treffens soll das Hendrik-Kraemer-Haus in der Lindenstraße sein. Das Gebäude einer niederländischen Reformierten Gemeinde ist Teil des Interreligiösen Zentrums Jerusalem, direkt gegenüber dem Jüdischen Museum. Die ökumenische Gemeinde will mit der Konferenz nichts zu tun haben. Die Räumlichkeiten gehörten dem Interreligiösen Zentrum, mit dem Hendrik-Kraemer-Haus sei die Veranstaltung nicht abgesprochen, hieß es.

Bernd Moltzan, der Projektkoordinator des Interreligiösen Zentrums, sagte der Jungle World, er kenne einige der Veranstalter durch frühere Zusammenarbeit, zum Beispiel Attac, und sehe sie im »linken Spektrum der Friedensbewegung« angesiedelt. Man habe zwar vorher überlegt, ob man ihnen die Räumlichkeiten überlassen sollte, sich nach Gesprächen mit den Veranstaltern jedoch von deren gutem Willen überzeugen lassen. Als Kontaktmann der Organisatoren bezeichnet Moltzan den ehemaligen Top-Spion der Stasi, Klaus von Raussendorf, der 30 Jahre im Auftrag des MfS Karriere als bundesdeutscher Diplomat machte und heute Herausgeber der Antiimperialistischen Korrespondenz ist (Jungle World, 40/04).

Der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sagte in der vorigen Woche, er sehe keinen Anlass, die Konferenz zu verbieten. Es gebe keine Hinweise auf die Teilnahme »ausländischer Extremisten«. Im September verbot Körting eine »Islam-Konferenz«, weil auf ihr Anschläge im Irak gutgeheißen werden sollten. Die jetzige Konferenz bewege sich aber »im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit«. Ob es Proteste gegen die Konferenz geben wird, ist noch offen.

Berliner Morgenpost vom Donnerstag, 3. März 2005

Keine Bedenken gegen Irak-Konferenz

<http://morgenpost.berlin1.de/content/2005/03/03/berlin/738609.html>

Innensenator Ehrhart Körting sieht derzeit keinen Anlaß, die Irak-Konferenz am 12. März zu verbieten. "Nach jetzigem Kenntnisstand bewegt sich das, was auf dem Kongreß geplant ist, im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit", sagte Körting dieser Zeitung.

Zu den Veranstaltern und Unterstützern linker Gruppen zählen unter anderem die Kommunistische Partei Deutschlands, die Arabische Kulturgesellschaft, Attac und die Achse des Friedens. Die internationale Konferenz im Kreuzberger Hendrik-Kraemer-Haus (Lindenstraße 85) trägt den Titel "Besatzung - Widerstand - Internationale Solidarität". Nachdem im vergangenen September eine Islam-Konferenz von der Berliner Innenbehörde verboten wurde, geriet auch dieser Kongreß (www.irakkonferenz.de) in den Fokus der Sicherheitsbehörden.

Damals gab es Hinweise, daß auf der Veranstaltung Selbstmordattentate in Israel und im Irak gutgeheißen werden. Diesmal glaubt man nicht daran, daß es eine aktive Mitwirkung Berliner Islamisten und ausländischer Extremisten gibt. Das sei die augenblickliche Einschätzung. Man werde die Veranstaltung aber weiterhin im Auge behalten, heißt es aus Sicherheitskreisen.

sz

Die Welt, Do, 3. März 2005

Innensenator Körting: Keine Bedenken gegen Irak-Konferenz in Kreuzberg

<http://www.welt.de/data/2005/03/03/604483.html>

Innensenator Ehrhart Körting sieht derzeit keinen Anlaß, die Irak-Konferenz am 12. März zu verbieten. "Nach jetzigem Kenntnisstand bewegt sich das, was auf dem Kongreß geplant ist, im Rahmen der allgemeinen Meinungsfreiheit", sagte Körting.

Zu den Veranstaltern und Unterstützern linker Gruppen zählen die Kommunistische Partei Deutschlands, die Arabische Kulturgesellschaft, Attac und die Achse des Friedens. Die internationale Konferenz im Kreuzberger Hendrik-Kraemer-Haus trägt den Titel "Besatzung - Widerstand - Internationale Solidarität". sz

taz Berlin lokal Nr. 7604 vom 2.3.2005

Irak-Konferenz in Kreuzberg

<http://www.taz.de/pt/2005/03/02/a0232.nf/text>

Ihre Solidarität mit der irakischen Bevölkerung wollen die Teilnehmer einer internationalen Irak-Konferenz in Berlin bekunden. Am 12. März soll die Veranstaltung im Hendrik-Kraemer-Haus, Interreligiöses Zentrum Jerusalem, in Kreuzberg stattfinden, teilten die Veranstalter gestern mit. Das Motto: "Besatzung - Widerstand - Internationale Solidarität". Die Konferenz-Organisatoren erwarten "kompetente Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Strömungen aus dem Irak und europäischen Ländern". Veranstalter ist ein Bündnis von Friedensgruppen, Globalisierungskritikern und linksgerichteten Organisationen. Hinweise auf islamistische Teilnehmer gibt es nach Einschätzung von Sicherheitsexperten nicht. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sieht derzeit keinen Anlass, die Veranstaltung zu verbieten.

DDP

ddp/chs/clp (Deutscher Depeschendienst), Meldung vom: 2005-03-01 11:03:03

Linke Gruppen planen Internationale Irak-Konferenz in Berlin

Berlin (ddp-blm). Ihre Solidarität mit der irakischen Bevölkerung wollen die Teilnehmer einer Internationalen Irak-Konferenz in Berlin bekunden. Die für den 12. März geplante Veranstaltung unter dem Motto «Besatzung-Widerstand-Internationale Solidarität» soll im Hendrik-Kraemer-Haus, Interreligiöses Zentrum Jerusalem, in Kreuzberg ausgerichtet werden, wie die Organisatoren am Dienstag mitteilten. Erwartet würden dazu «kompetente Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Strömungen aus dem Irak und europäischen Ländern».

Für die Organisation verantwortlich zeichnet ein Bündnis von Friedensgruppen, Globalisierungskritikern und linksgerichteten Organisationen. Die Konferenz solle «neue Impulse für die Friedensbewegung geben» und zur Teilnahme an den internationalen Protesten gegen Krieg, Rassismus und neoliberale Globalisierung am 19. und 20. März in Brüssel und anderen Großstädten ermutigen.

Nach Darstellung der Initiatoren leidet die irakische Bevölkerung zwei Jahre nach dem Beginn des Krieges unter «Demütigung und Folter, Gewalt und Not». Die «verheerende humanitäre Situation» und die «wirtschaftliche Ausplünderung des Iraks» machten deutlich, dass es für die Bevölkerung keine Perspektive gebe, «solange die Besatzer im Land sind».

Pressemitteilung der Veranstalter der Irak-Konferenz, 28. Februar 2005

Internationale Irak-Konferenz „Besatzung – Widerstand - Internationale Solidarität“

Eine internationale Irak-Konferenz findet am Sonnabend, dem 12. März 2005, in Berlin statt. Die Solidarität mit der irakischen Bevölkerung steht im Vordergrund. Kompetente Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Strömungen aus dem Irak und aus europäischen Ländern werden über die Besatzungsrealität, über den Widerstand und über die Auswirkungen auf die Region informieren.

Aus Bagdad wird Scheich Jawad Al-Khalisi von der „Nationalen Konferenz für einen unabhängigen und freien Irak“ erwartet, der auch Gast beim Weltsozialforum in Porto Alegre war. Ein weiterer Referent ist Awni al-Kalemji aus Dänemark, der Vertreter der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA). Aus London hat Sami Ramadani von den „Irakischen Demokraten gegen die Besatzung“ seine Beteiligung zugesagt.

Die Konferenz wird veranstaltet von einem Bündnis, dem Gruppen der Friedens- und der globalisierungskritischen Bewegung und linke Organisationen angehören. Sie soll neue Impulse für die Friedensbewegung geben und zur Teilnahme an den internationalen Protesten gegen Krieg, Rassismus und neoliberale Globalisierung am 19. und 20. März in Brüssel und in anderen Großstädten ermutigen.

Der Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak jährt sich zum zweiten Mal. In diesem Krieg um Öl, um wirtschaftliche und militärische Dominanz wurden mehr als 100.000 irakische Menschen, überwiegend Zivilisten, getötet. Das Land wurde verwüstet. Die großen Städte liegen in Trümmern. Es gibt keine Sicherheit, es fehlt an Wasser, an Elektrizität und anderen elementaren Lebensbedingungen. Die irakische Bevölkerung leidet unter Demütigung und Folter, Gewalt und Not. Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten wurden vernichtet. In dem an Naturschätzen so reichen Land sind Hunderttausende Kinder wegen Unterernährung vom Tode bedroht. Die verheerende humanitäre Situation auf der einen Seite und die wirtschaftliche Ausplünderung des Iraks auf der anderen Seite machen deutlich, dass es für die irakische Bevölkerung keine Perspektive gibt, solange die Besatzer im Land sind.

Die Konferenz findet von 10 bis 19 Uhr statt. Veranstaltungsort: Hendrik-Kraemer-Haus, Interreligiöses Zentrum Jerusalem, Lindenstraße 85, 10969 Berlin (Nähe U 6 Kochstraße).

Webseite: www.irakkonferenz.de

Kontakt:

- Barbara Fuchs, attac AG Globalisierung und Krieg, (030) 4230158, Barbara-Fuchs@web.de
- Helmut Dunkhase, DKP Berlin, (030) 7214999, hdunkhase@t-online.de
- Klaus von Raussendorff, Vereinigung für Internationale Solidarität (VIS) e. V., Fax (0228) 346850, raussendorff@web.de

World Socialist Web Site (www.wsws.org), 9. Februar 2005

Germany welcomes conference of war criminals, witch-hunts their opponents

<http://www.wsws.org/articles/2005/feb2005/germ-f09.shtml>

deutsche Fassung:

<http://www.wsws.org/de/2005/feb2005/konf-f03.shtml>

By Justus Leicht

In the coming weeks, two conferences are planned in Germany on the war and occupation in Iraq.

At the “Munich Security Conference,” high-ranking international political and military figures are expected to justify the US war of aggression and the destruction of entire Iraqi cities. It is also anticipated that the conference will play down the use of torture and abuse by the occupying forces and call upon the German government to support this criminal venture.

With great regret, organisers of the Munich conference have acknowledged that one of the principal architects of this criminal war, US Defence Secretary Donald Rumsfeld, has called off his participation. He will, however, send Undersecretary Douglas Feith in his place. Feith is a leading spokesman of the so-called neo-conservatives and a proponent of a new war against Iran.

The second conference is due to take place in Berlin in more modest surroundings. It is called the “International Iraq conference on occupation, resistance and international solidarity.” It has been organised by an alliance of left, pacifist and Arab-nationalist groups and individuals, extending from the freethinkers’ federation to the newspaper Junge Welt. The aim of this meeting is to discuss the resistance against the occupation regime that has emerged from the war of aggression.

Joachim Guillard, one of the organisers, explained in an interview: “Can the entire resistance be made responsible for terrorist attacks? Which goals are pursued by the different forces of the resistance? We want to discuss these and other questions. At the centre will be the question of how we can best practice solidarity with the Iraqi population.” Among the organisers, there is evidently agreement that the occupation of Iraq by American and British troops is illegitimate, and that Iraqi resistance against it is entirely legitimate.

A comparison of state and media reactions to the two conferences is instructive. While in the case of the Munich conference everything imaginable has been done to guarantee its functioning and protect participants against protests by opponents of the war, the conference in Berlin is being spied on, slandered, and criminalised, and may, in the end, be banned. This despite the fact that even the police have made clear that they do not anticipate any criminal offences or terrorist attacks in connection with the Berlin conference.

On January 13, the Berlin Senator of the Interior, Erhardt Körting (German Social Democratic Party-SPD), told members of the city’s intelligence services committee that the conference had been planned by “supporters of the former regime of Saddam Hussein” and left-wing groups. Although he failed to provide the slightest evidence for the first of his accusations, it was repeated uncritically in virtually all German media reports.

The headlines were virtually all variations on the same theme: “Saddam supporters plan congress in Berlin.” These media outlets were utterly disinterested in the fact that organisers of the conference clearly dissociated themselves from the former Iraqi dictator and the Baathist regime—Guillard stated that one did not “shed a tear” for Hussein, and “not one” of his supporters was expected to attend the congress. The boulevard newsheet B.Z. frankly admitted that the intelligence services were the source for its report.

Körting admitted there was no reason for forbidding the conference, but announced nevertheless, “We will be observing what goes on.”

Spiegel on-line tried to bolster the media campaign against the conference with a few facts, but failed miserably. Only one supporter of the congress was revealed to be an alleged “Saddam supporter”—Aziz Alkazaz, a co-worker of the renowned and thoroughly respectable scientific think tank, the German Orient Institute. But even in the case of Alkazaz, the author of the Spiegel on-line article acknowledged, it is “utterly unclear” whether he intends to participate “at all.” In other words, the article that appeared the previous day on the very same web site, under the heading “Saddam supporters plan conference,” was entirely bogus.

However, neither Körting nor the media outlets were prepared to correct or apologise for their erroneous presentation of the facts. Their priority is to defame, intimidate and, if possible, criminalise any sort of solidarity for the Iraqi resistance and opposition to the occupation of Iraq.

Klaus Hartmann, chairman of the freethinkers’ federation and one of the conference organisers, commented quite correctly in an open letter to Körting:

“Whoever in accordance with the Nuremberg war crimes tribunal fights a major crime, this war of aggression, and defends international law, does not thereby become the “supporter” of any particular head of state. To the strict defence of international law belongs the realisation that the war by the US and its coalition of obedient murderers against Iraq contravenes international law, the occupation is a form of terror while resistance against it is legitimate. Even the demand for liberty for Saddam Hussein is not a question of sympathy or rejection, and does not mean that he should not be put on trial for proven crimes committed in complicity with the US— however, in a free and sovereign Iraq, not under the occupation and its puppets.”

Körting’s statement that “at this time” there are no grounds for banning the congress should not be regarded as an “all-clear” signal. Last September, an “Arab-Islamic” congress in support of the Palestinian and Iraqi resistance was also scheduled to take place in Berlin. Then, Körting also declared there were “no indications that this congress would be a gathering of terrorists.”

However, following a hysterical witch-hunt by the media over alleged “militant Islamists,” and in particular a call by German Interior Minister Otto Schily to ban the conference, Körting carried out a rapid about-face and justified a prohibition on the grounds of alleged “agitation.” However, no action has been taken by the state to back up the accusations of mass incitement, support for terror organisations or public approval of criminal offences made against the organisers of the conference. The Federal Prosecutor’s Office has since dropped its investigation. In other words, the arguments used to justify the ban have proven false.

For those responsible, however, this does not represent any hindrance to their next attack on the right to free speech and assembly.

Junge Welt, 08.02.2005

»Frieden für einen freien Irak«

<http://www.jungewelt.de/2005/02-08/017.php>

Peter Wolter

Antikriegskonferenz in Vorbereitung. Schwerpunkt der Veranstaltung am 12. März sollen Augenzeugenberichte aus dem Irak sein

Das Programm der für den 12. März in Berlin geplanten Irak-Konferenz steht weitgehend fest. Die Vorbereitungsgruppe, in der bislang 17 politische Organisationen vertreten sind, hat sich am Sonntag darauf geeinigt, daß ein Schwerpunkt Berichte aus dem Irak selbst sein sollen. Die Konferenz steht unter dem Motto »Für eine starke internationale Bewegung gegen Krieg und Besatzung«.

Die vorläufige Planung sieht vor, daß die Konferenz mit einem Grußwort des Schauspielers Rolf Becker eröffnet wird. Der erste Diskussionskomplex steht unter der Überschrift »Frieden für einen freien Irak«. Als Referenten sind der Europaabgeordnete Tobias Pflüger sowie die Völkerrechtsprofessoren Gregor Schirmer und Ernst Voit vorgesehen.

Der zweite Teil widmet sich dem Thema »Besatzungsrealität, Widerstand und Auswirkungen auf die Region«. Als Redner sind u. a. Scheich Jawad Al Khalisi (Irakischer Nationaler Gründungskongreß) und Nada Al Rubaiee (Irakische Patriotische Allianz) vorgesehen.

Der dritte Teil ist als Podiumsdiskussion angelegt und steht unter dem Motto »Keine deutsche Unterstützung der Besetzung im Irak! Perspektiven der Bewegung gegen Krieg, Rassismus und Islamfeindlichkeit«. Als Diskutanten sind eingepplant: Tobias Pflüger, Klaus Hartmann (Deutscher Freidenkerverband), Joachim Guilliard (Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg) und Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck vom Republikanischen Anwaltsverein. Ferner sollen Vertreter der Muslime in Deutschland sowie der ATTAC-Arbeitsgemeinschaft »Globalisierung und Krieg« zu Wort kommen. Die Diskussion wird von dem Journalisten und Ossietzky-Mitherausgeber Eckart Spoo geleitet.

Unterstützt wird die Veranstaltung u. a. vom Deutschen Friedensrat e.V., von der »Achse des Friedens Berlin«, vom Deutschen Freidenkerverband, von der DKP Berlin, der SDAJ Berlin, vom Arabischen Kulturforum, von Linksruck sowie der Föderation der ArbeitsimmigrantInnen aus der Türkei in Deutschland (AGIF). Anhänger des ehemaligen irakischen Diktators Saddam Hussein sind nicht eingeladen. Entsprechende Unterstellungen waren vor einigen Wochen in der bürgerlichen Presse geäußert worden.

* Kontakt: info@irakkonferenz.de

World Socialist Web Site (www.wsws.org), 3. Februar 2005

Staat und Medien verleumden geplante Irak-Konferenz

<http://www.wsws.org/de/2005/feb2005/konf-f03.shtml>

englische Fassung:

<http://www.wsws.org/articles/2005/feb2005/germ-f09.shtml>

Von Justus Leicht

In den kommenden Wochen sind in Deutschland zwei Konferenzen geplant, die sich schwerpunktmäßig mit dem Irakkrieg und der Besetzung des Landes beschäftigen.

Auf der einen, der "Münchener Sicherheitskonferenz", werden hochrangige Persönlichkeiten aus der internationalen Politik, aus Regierungen und Militär auftreten. Es ist zu erwarten, dass sie den illegalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und die Zerstörung ganzer irakischer Städte rechtfertigen, Folter und Misshandlung durch die Besatzer verharmlosen und die Bundesregierung zur Unterstützung des kriminellen Unterfangens auffordern werden, soweit sie nicht sogar persönlich für die Vorbereitung und Durchführung von Krieg und Besetzung verantwortlich sind.

Zum großen Bedauern der Veranstalter hat einer der ranghöchsten Organisatoren dieses Angriffskrieges, US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, seine Teilnahme abgesagt. Er wird aber seinen Staatssekretär Douglas Feith als Vertretung schicken, einen Wortführer der sogenannten Neokonservativen und Befürworter eines weiteren Kriegs gegen Iran.

Die andere Konferenz findet in bescheidenerem Rahmen statt. Es handelt sich um die "Internationale Irak-Konferenz über Besetzung, Widerstand und Internationale Solidarität" in Berlin. Sie wird von einem Bündnis linker, pazifistischer und arabisch-nationalistischer Gruppen und Einzelpersonen getragen, die vom Freidenkerverband bis zur Zeitung Junge Welt reichen. Auf dieser Veranstaltung soll vor allem über den Widerstand gegen das aus dem Angriffskrieg hervorgegangene Besatzungsregime diskutiert werden.

Joachim Guillard, einer der Organisatoren, erklärte dazu in einem Interview: "Kann der gesamte Widerstand für Terroranschläge verantwortlich gemacht werden? Welche Ziele verfolgen die verschiedenen Kräfte des Widerstandes? Diese und andere Fragen wollen wir diskutieren. Im Zentrum wird die Frage stehen, wie wir am besten Solidarität mit der irakischen Bevölkerung üben können." Unter den Veranstaltern herrscht offenbar Konsens darüber, dass die Besetzung des Irak durch amerikanische und britische Truppen illegitim und der irakische Widerstand dagegen grundsätzlich legitim ist.

Der Vergleich der Reaktionen auf die beiden Konferenzen ist lehrreich: Während im Fall der Münchener Konferenz alles nur Erdenkliche getan wird, um einen ordnungsgemäßen Ablauf sicherzustellen und die Teilnehmer vor den Protesten von Kriegsgegnern zu schützen, wird die Konferenz in Berlin bespitzelt, verleumdet, kriminalisiert und möglicherweise sogar verboten. Dabei behauptet noch nicht einmal die Polizei, dass von ihr Straftaten zu befürchten wären oder Terroranschläge unterstützt würden.

Am 13. Januar erklärte der Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) vor dem Verfassungsschutzausschuss des Landesparlaments, die Konferenz werde von "Anhängern des früheren Regimes von Saddam Hussein" und linken Gruppen geplant. Obwohl er für ersteres nicht die Spur eines Beweises anführte, übernahmen fast alle deutschen Medien in ihren Berichten diese Behauptung unbesehen und unkritisch.

Die Überschriften lauteten meist: "Saddam-Anhänger planen Kongress in Berlin" oder ähnlich. Dass sich die Organisatoren der Konferenz, soweit man sie denn danach fragte, eindeutig vom früheren irakischen Diktator und dem Baath-Regime distanzieren - Guillard etwa erklärte, man weine Hussein "keine Träne nach" und "kein einziger" seiner Anhänger werde kommen - interessierte nicht. Das Boulevard-Blatt B.Z. schrieb sogar freimütig, als Quelle einzig den Verfassungsschutz befragt zu haben.

Körting gab zwar zu, es gebe keinerlei Handhabe, die Konferenz zu verbieten, kündigte aber trotzdem an: "Wir beobachten das".

Spiegel Online versuchte dann, die Hetzkampagne durch ein paar Fakten zu unterfüttern, heraus kam aber eher das Gegenteil. Ein einziger Unterstützer des Kongresses wurde als angeblicher "Saddam-Anhänger" geoutet: Aziz Alkazaz, ein Mitarbeiter des renommierten Deutschen Orient-Institutes, einem jeder Radikalität abholden wissenschaftlichen Think Tank. Aber selbst bei Alkazaz, so gab der Autor des Spiegel Online -Artikels zu, sei es "vollkommen unklar", ob er "überhaupt teilzunehmen gedenkt". Mit anderen Worten, an dem Artikel, der am Tag zuvor auf derselben Website unter der Überschrift "Saddam-Anhänger planen Konferenz" erschienen war, war kein einziges wahres Wort.

Eine Richtigstellung von Seiten irgendwelcher Medienorgane oder von Körting erfolgte jedoch nicht. Denn hier geht es darum, jede Opposition gegen die Besetzung des Irak und jede Solidarität mit dem Widerstand dagegen zu diffamieren, einzuschüchtern und wenn möglich zu kriminalisieren.

Zu Recht schrieb Klaus Hartmann, Vorsitzender des Freidenkerverbands und einer der Organisatoren, in einem offenen Brief an Körting: "Wer das gemäß Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen größte Verbrechen, den Angriffskrieg, bekämpft und für die Verteidigung des Völkerrechts eintritt, wird damit nicht zum ‚Anhänger‘ irgendeines Staatschefs. Zur Position der strikten Verteidigung des Völkerrechts gehört die Feststellung, dass der Krieg der USA und ihrer Koalition der Mordwilligen gegen den Irak völkerrechtswidrig, die Besetzung Terror und der Widerstand dagegen legitim ist. Selbst die Forderung nach Freiheit für Saddam Hussein ist keine Frage von Sympathie oder Ablehnung, und bedeutet nicht, dass er für nachgewiesene und in Komplizenschaft mit den USA begangene Verbrechen nicht vor Gericht gestellt gehörte. Allerdings in einem freien und souveränen Irak, nicht unter Besatzung und deren Marionetten."

Körtings Erklärung, es gebe "zu diesem Zeitpunkt" keine Handhabe, den Kongress zu verbieten, sollte nicht als Entwarnung missdeutet werden. Im September letzten Jahres sollte ebenfalls in Berlin ein "arabisch-islamischer" Kongress zur Unterstützung des palästinensischen und irakischen Widerstands stattfinden. Damals hatte Körting zunächst erklärt, es gebe "keine Erkenntnisse darüber, dass dieser Kongress ein Sammelbecken für Terroristen wäre".

Nachdem aber in den Medien eine hysterische Hetzkampagne über angebliche "militante Islamisten" ausbrach und sich insbesondere Bundesinnenminister Schily für ein Verbot aussprach, vollzog Körting plötzlich eine Kehrtwende rechtfertigte ein Verbot wegen angeblicher "Hetze". Zu Anklagen wegen Volksverhetzung, Unterstützung von terroristischen Organisationen oder öffentlicher Billigung von Straftaten gegen die Organisatoren ist es jedoch nicht gekommen, entsprechende Ermittlungen der Bundesanwaltschaft sollen mittlerweile eingestellt worden sein. Anders gesagt, die Behauptungen, mit denen das Verbot gerechtfertigt wurde, erwiesen sich als falsch.

Die dafür Verantwortlichen hindert das allerdings nicht, den nächsten Angriff auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit zu starten.

Berlin, Abteilung Verfassungsschutz, Aktuelles - 24. Januar 2005

Linksextremisten planen Irak-Konferenz in Berlin

<http://www.berlin.de/seninn/verfassungsschutz/aktuelles/archiv.html#59>

ein "Solidaritätskomitee Freier Irak" plant die Durchführung einer "Internationalen Irak-Konferenz. Über Besatzung, Widerstand und Internationale Solidarität". Die Veranstaltung soll am 12. März 2005 in Berlin-Kreuzberg stattfinden. Organisiert wird sie maßgeblich von deutschen Linksextremisten. Erwartet werden aber auch einzelne irakische Vertreter, die der Baath-Partei nahe stehen.

Auf der Konferenz soll gegen das amerikanische Engagement im Irak polemisiert werden. In einem Internet-Aufruf des "Solidaritätskomitees" heißt es:

"Der Widerstand des irakischen Volkes gegen Aggression, Besatzung und Rekolonialisierung durch die USA und ihre Verbündeten ist der legitime Kampf gegen die demütigende Realität der Fremdherrschaft und gegen Lebensbedingungen, die sich mit dem Krieg noch weiter verschlechtern haben."

Der Aufruf ist von derzeit 58 Personen unterschrieben worden. Bei der Mehrzahl der Unterzeichner handelt es sich um Linksextremisten und ausländische Extremisten mit laizistischem bzw. linksextremistischem Hintergrund.

Mit dem "Solidaritätskomitee Freier Irak" inhaltlich und personell verbunden ist die "Antiimperialistische Koordination", die Mitte 2003 durch ihre Kampagne "10 Euro für den irakischen Widerstand" auffiel. Mit der Kampagne sollte der Widerstand im Irak "sowohl politisch als auch ganz konkret materiell" unterstützt werden. Die Gelder sollten der "Irakischen Patriotischen Allianz" (IPA) zukommen. Eine Vertreterin dieser Gruppierung soll auf der Konferenz ebenfalls zu Wort kommen.

Personen aus Berlin haben in dem "Solidaritätskomitee" keine dominante Rolle inne. Stattdessen ist davon auszugehen, dass die Bundeshauptstadt als Veranstaltungsort ausgewählt wurde, weil die Organisatoren hier die größte Aufmerksamkeit erhoffen.

Auch die zahlreichen Links auf der Internetseite des Solidaritätskomitees zu antiimperialistischen Gruppierungen und Netzwerken, zu ausländischen sozialrevolutionären und antiimperialistischen terroristischen Gruppierungen und zu einer islamistischen Internetseite in Katar werden als provokativer Versuch bewertet, eine möglichst große Aufmerksamkeit zu erzielen.

Linksruck Nr. 191, 19. Januar 2005

Irak-Konferenz: Recht auf Widerstand

http://www.sozialismus-von-unten.de/lr/artikel_1291.html

Kriegsgegner bereiten eine internationale Irak-Konferenz in Berlin vor. Linksruck sprach mit Organisator Joachim Guillard.

Frage: Joachim, die Bewegung gegen den US-Krieg im Irak hat 2003 ihren Höhepunkt erreicht. Warum gibt es jetzt eine Konferenz über den Krieg?

Mit Beginn der Besetzung sank das Engagement der Antikriegsbewegung gegen diesen Krieg und dessen Folge, die Besetzung. Ein Grund ist, dass die meisten Medien die Besetzung schönreden. Außerdem schreckt viele Kriegsgegner die Gewalttätigkeit des Widerstands im Irak ab, dem neben US-Truppen auch Zivilisten zum Opfer fallen, und der den Medien zufolge von „Gotteskrieger“ und „Saddam-Anhängern“ dominiert wird.

Doch ist für die terroristische Gewalt die gesamte Widerstandsbewegung verantwortlich? Wer kämpft da eigentlich und mit welchem Ziel? Das sind einige der Fragen, um die es auf der Konferenz gehen soll.

F: Der Berliner Innensenator Körting behauptet, die Konferenz werde von Islamisten und Anhängern des früheren irakischen Diktators Hussein vorbereitet.

Das ist ein erster Versuch, die Konferenz zu diskreditieren. In Wirklichkeit beteiligen sich Leute aus verschiedenen linken Gruppen, der PDS, Teilen der Friedensbewegung und eine Arbeitsgruppe des globalisierungskritischen Netzwerks Attac.

F: Was verbindet die verschiedenen Gruppen?

Wir alle lehnen die Besetzung ab. Wir fordern, dass die USA ihre Armee zurückzieht und wir erkennen das Recht der Iraker an, Widerstand gegen Besetzung und Fremdherrschaft zu leisten. Durchaus unterschiedliche Meinungen gibt es über Ziele und Mittel des Widerstands.

F: Welche Rolle spielt der Islamismus auf der Konferenz?

Das ist ein wichtiges Thema, weil mit diesem Begriff versucht wird, Widerstand zu diskreditieren und die Besetzung zu rechtfertigen. Unter dem neue Feindbild, das den Kommunismus abgelöst hat, vereinigen Leute wie Körting alle Bewegungen, die sich in irgendeiner Weise auf den Islam beziehen. Aber hier gibt es wie auch bei christlichen Bewegungen fortschrittliche, konservative und auch rechtsradikale Bewegungen.

F: Die Konferenz trägt auch die internationale Solidarität im Titel. Mit wem seid ihr solidarisch?

Es geht uns weniger um Solidarität mit irakischen Gruppen. Im Zentrum steht die Frage, wie wir von hier aus am vernünftigsten internationale Solidarität mit der irakischen Bevölkerung ausüben.

Darum laden wir möglichst viele Iraker ein. Wir wollen nicht nur als Europäer über den Irak reden, sondern wir bitten Menschen, aus ihrem Land zu berichten.

Wir möchten zum Beispiel einen Vertreter der „Irakischen Demokraten gegen die Besetzung“ einladen: Sami Ramadani. Das ist ein Hochschulprofessor aus London. Er ist Besatzungsgegner, ohne direkt parteiisch zu sein mit einem guten Einblick in die irakische politische Landschaft.

F: Was haben wir in Deutschland mit der Besetzung im Irak zu tun?

Wir richten unsere politische Hauptstoßrichtung gegen die deutsche Beteiligung, die ja eher größer wird. Deutschland bildet Hilfstruppen aus, und liefert Fuchs-Panzer und gepanzerte LKW. Außerdem leistet die deutsche Regierung politische Unterstützung. Sie hilft die Besetzung zu legitimieren, indem sie z.B. das aktuelle Wahltheater unterstützt.

Junge Welt, 18.01.2005

Interview: »Kompetente Iraker informieren über Widerstand«

<http://www.jungewelt.de/2005/01-18/021.php>

Interview: Peter Wolter

Internationale Irak-Konferenz in Berlin wird für den 12. März vorbereitet. Solidarität mit der irakischen Bevölkerung steht im Vordergrund. Ein Gespräch mit Joachim Guilliard

* Joachim Guilliard ist einer der Organisatoren der »Internationalen Irak-Konferenz über Besatzung, Widerstand und Solidarität«, die am 12. März in Berlin stattfindet.

F: Welches Ziel hat die in Berlin geplante Konferenz?

Die Antikriegsbewegung in Deutschland hat in ihrem Engagement gegen den Krieg und die Besatzung im Irak stark nachgelassen. Dafür gibt es zwei Gründe: Zum einen die beschönigende Darstellung der Medien über die Besatzungsrealität, zum anderen der Umstand, daß viele Aktivisten der Friedensbewegung die Gewalttätigkeit des Widerstands schreckt. Schließlich fallen den Aktionen gegen die US-Armee oft auch Zivilisten zum Opfer.

Die US-amerikanische Propaganda vermittelt außerdem den Eindruck, der Widerstand speise sich vornehmlich aus Saddam-Anhängern und zugereisten Gotteskriegeren. Aber kann der gesamte Widerstand für Terroranschläge verantwortlich gemacht werden? Welche Ziele verfolgen die verschiedenen Kräfte des Widerstandes? Diese und andere Fragen wollen wir diskutieren. Im Zentrum wird die Frage stehen, wie wir am besten Solidarität mit der irakischen Bevölkerung üben können.

F: Wer ist Träger dieser Konferenz?

Es ist zunächst ein breites Spektrum linker Gruppen, darunter auch aus dem Irak, Syrien und der Türkei. Hinzu kommen diverse Organisationen der Friedens- und der Antiglobalisierungsbewegung. Wir werden in nächster Zeit viele Gespräche führen, um die gesellschaftliche Spannweite zu vergrößern.

F: Ihre Konferenz hat schon vor den ersten konkreten Planungen Wellen geschlagen. Die Nachrichtenagentur ddp sowie »Spiegel online« berichteten, es handele sich um eine Ansammlung von Saddam-Fans. Vorsorglich wurde Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) gefragt, ob er diese Veranstaltung zu verbieten gedenke. Wie viele Saddam-Freunde werden dabei sein?

Nicht einer. Diese Meldungen waren komplett erlogen. Es ist niemand unter uns, der diesem Diktator auch nur eine Träne nachweint. Das war der erste Versuch, unsere Konferenz zu diskreditieren, Sie können sicher sein, daß weitere Versuche folgen werden. Schließlich steht unsere Konferenz dem Bestreben der Bundesregierung diametral entgegen, sich den USA weiter anzubiedern. Vergessen wir nicht, daß am 23. Februar US-Präsident George W. Bush in Deutschland erwartet wird. Wir sind gegen den Terrorismus, deswegen heißen wir diesen Herrn auch nicht willkommen.

F: Um welche Inhalte soll es bei der Konferenz gehen? Sind Referenten aus dem Irak selbst vorgesehen?

Das wird ein Schwerpunkt der Veranstaltung sein. Wir wollen Iraker einladen, die kompetent sind, über die verschiedenen Kräfte des zivilen und militärischen Widerstandes zu informieren. Wir stehen im Gespräch mit Sami Ramadani von den Irakischen Demokraten gegen die Besatzung, er wohnt in London. Gedacht ist auch an Scheich Jawad Al Khalisi vom Irakischen Nationalen Gründungskongreß – einer breiten Dachorganisation politischer Gruppen, die gegen die Besatzung sind. Oder an Nada al Rubaiee als Vertreterin der Irakischen Patriotischen Allianz. Oder an Dr. Nuri Al Mouradi von der irakischen KP-Opposition (IKP-Kader).

F: Es wird sicher auch der Vorwurf kommen, die Konferenz gebe sogenannten Islamisten ein Forum ...

Das ist Unsinn. Wir wollen natürlich über das gesamte Spektrum des irakischen Widerstandes informieren. Das Wort »Islamismus« ist in unserem Lande zu einem politischen Kampfbegriff gemacht worden. Das ist ein eigenes Thema der Konferenz, es wird dazu eine Arbeitsgruppe geben.

F: Ende Januar sollen im Irak »demokratische Wahlen« stattfinden. Läuft Ihre Konferenz zum Thema Widerstand nicht ins Leere, sobald eine legitime Regierung in Bagdad im Amt ist?

Ein großer Teil der irakischen Bevölkerung ist der Ansicht, daß unter der Besatzung keine demokratischen Wahlen möglich sind. Sie bestreiten die Legitimität dieser Wahlen – eine Auffassung, der wir uns anschließen. Auch viele Experten, die der US-Regierung durchaus nahestehen, bezweifeln, ob man dieses Spektakel als Wahl bezeichnen kann.

* Kontakt: info@irakkonferenz.de

Junge Welt, 17.01.2005

Offener Brief - jW dokumentiert Schreiben zu einer in Berlin geplanten internationalen Irak-Konferenz

<http://www.jungewelt.de/2005/01-17/022.php>

(Das ungekürzte Schreiben ist dokumentiert auf: <http://www.irakkonferenz.de/presse.htm>)

Inland

* Am Donnerstag berichtete die Nachrichtenagentur ddp: »Anhänger des gestürzten irakischen Diktators Saddam Hussein und Linksextremisten wollen in Berlin eine internationale Irak-Konferenz ausrichten. Der Kongreß sei für den 12. März geplant, sagte am Donnerstag Innensenator Ehrhart Körting (SPD). ›Wir beobachten das‹, aber bisher gebe es ›keine Anhaltspunkte, die für ein Verbot sprechen‹.« Wir veröffentlichen in Auszügen einen Offenen Brief des Bundesvorsitzenden des Deutschen Freidenkerverbandes, Klaus Hartmann, an Körting:

Sehr geehrter Herr Senator Körting! Ihre Äußerungen vor dem Parlamentsausschuß für Verfassungsschutz am 13. Januar 2005 rufen große Besorgnis hinsichtlich Ihres Verhältnisses zu rechtsstaatlichen Prinzipien hervor.

Zunächst ist festzuhalten, daß angesichts der geplanten Solidaritätskonferenz für den Irak ein anderer, im letzten Jahr geplanter islamisch-arabischer Kongreß in Erinnerung gebracht wird. Warum dieser durchgängig als »Islamisten-Kongreß« bezeichnet wird, kann sich nur aus volksverhetzender Absicht erklären. Denn obwohl nach Feststellungen des Wall-Street-Journals bereits 61 Prozent der Deutschen »Islam« für ein Schimpfwort halten, greift, wer den Bürgerschreck nachhaltig gestalten möchte, doch lieber gleich zum »Islamisten«.

Sie hatten diesen Kongreß im vergangenen Herbst rechtsirrtümlich verboten, heute jedoch erinnern Sie lediglich an das Verbot, nicht jedoch an Ihren Irrtum. (...)

Nun ist es eine verbreitete menschliche Schwäche, Fehler nicht gern zuzugeben, und bei Politikern gehört sie offenbar geradezu zur Grundausstattung. Jedoch weiterhin auf ein Verbot Bezug zu nehmen, das im Lichte höchstrichterlicher Rechtsprechung in sich zusammengefallen ist, zeugt weder von Integrität noch von rechtsstaatlich orientiertem Handeln. Gegen den bevorstehenden Kongreß wird nun ins Feld geführt, daß er von »Saddam-Anhängern« geplant werde. Dies ist eine Fehlinformation, denn wer das gemäß Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen größte Verbrechen, den Angriffskrieg, bekämpft und für die Verteidigung des Völkerrechts eintritt, wird damit nicht zum »Anhänger« irgendeines Staatschefs. Zur Position der strikten Verteidigung des Völkerrechts gehört die Feststellung, daß der Krieg der USA und ihrer Koalition der Mordwilligen gegen den Irak völkerrechtswidrig, die Besatzung Terror und der Widerstand dagegen legitim ist. Selbst die Forderung nach Freiheit für Saddam Hussein ist keine Frage von Sympathie oder Ablehnung und bedeutet nicht, daß er für nachgewiesene und in Komplizenschaft mit den USA begangene Verbrechen nicht vor Gericht gestellt gehörte. Allerdings in einem freien und souveränen Irak, nicht unter Besatzung und deren Marionetten. Es ist eine elementare Frage des Rechts: Aggressoren und Besatzern kann niemals erlaubt sein, »unerwünschte« Staatschefs gefangenzunehmen und abzuurteilen, politische Gefangene unter einer Besatzung sind so illegal wie Krieg und Besatzung selbst.

Falls Sie, sehr geehrter Herr Senator, jedoch Bedarf an verfassungsschützenden Aktivitäten sehen, können wir Ihnen einen Tip geben: Es wäre sicher ein Hinweis an den Generalbundesanwalt angezeigt, daß sich im Februar 2005 ein veritabler Kriegsverbrecher auf deutschem Boden aufzuhalten gedenkt, um sich in Mainz und Wiesbaden mit seinen Anhängern zu treffen: George W. Bush.

Anhänger Saddam Husseins planen Kongress in Berlin

<http://derstandard.at/?url=/?id=1917176>

Innensenator Körting sieht keinen Grund, gegen die Veranstaltung vorzugehen

Berlin - Anhänger des gestürzten irakischen Diktators Saddam Hussein planen für den 12. März einen Kongress in Berlin. Zu den Organisatoren gehören nach Angaben der Berliner Innenverwaltung vom Donnerstag auch Linksextremisten aus Nordrhein-Westfalen. Auf der Tagung solle es unter anderem um die Folgen des Krieges im Irak und die Solidarität mit dem Saddam-Regime gehen.

Verfassungsschutz beobachtet Veranstaltung

Berlins Innensenator Ehrhart Körting sagte im Parlamentsausschuss für Verfassungsschutz, "wir werden das beobachten". Derzeit gebe es keinen Grund, gegen die Veranstaltung vorzugehen.

Einen für vergangenen Oktober geplanten Islamistenkongress mit bis zu 800 Teilnehmern in der Hauptstadt hatte die Ordnungsbehörde im Herbst verboten. Im damaligen Kongressaufruf im Internet war unter anderem der Widerstand gegen "amerikanischen, zionistischen Terror" befürwortet worden. Einer der Hauptinitiatoren der Konferenz wurde aus Deutschland ausgewiesen. Einige der damaligen Organisatoren sollen jetzt auch den Kongress im März mit vorbereiten. (APA/dpa)

Internet-Zeitung www.ngo-online.de, 14.01.2005

"Wir beobachten das" - Kriegsgegner planen internationale Irak-Konferenz in Berlin

http://www.ngo-online.de/ganze_nachricht.php4?Nr=10177

ngo-online/14.01.2005/ddp - Kriegsgegner wollen in Berlin eine internationale Irak-Konferenz ausrichten. Der Kongress sei für den 12. März geplant, sagte am Donnerstag Innensenator Ehrhart Körting (SPD). "Wir beobachten das", betonte der Senator und fügte hinzu, bisher gebe es "keine Anhaltspunkte, die für ein Verbot sprechen".

Nach dem auf der Website des "Deutschen Solidaritätskomitees Freier Irak" dokumentierten vorläufigen Programm soll ein Referat über die "Besatzungspolitik der USA und ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen" sowie über die "Legitimität des Widerstands" in den Kongress einführen. Weitere Themen sind die "Besatzung und Interessen imperialer Mächte" und der "Der irakische Widerstand".

Im Programm: "Antiislamismus"

Unter dem Stichwort "Internationale Solidarität" soll es um die "Unterstützung von Deserteuren", um die "Aufgaben der Antikriegsbewegung in Deutschland – gegen deutsche Komplizenschaft mit der Besatzung", "gegen Desinformation", und um "Antiislamismus" gehen. Die Vorbereitungstreffen finden in den Räumen der Tageszeitung "Junge Welt" statt.

"Das irakische Volk ist tagtäglich das Opfer einer so genannten 'Neuen Weltordnung', die durch die wachsende Aggressivität des Imperialismus charakterisiert wird", heisst es in einem Aufruf auf der Website des "Deutschen Solidaritätskomitees Freier Irak". Die Konkurrenz der imperialistischen Hauptmächte verschärfe sich, "sie ringen immer aggressiver um eine Neuaufteilung der Welt, ihrer Absatzmärkte und Rohstoffe, die reaktionäre Formierung bis hin zur Faschisierung ihrer Gesellschaften und staatlichen Strukturen schreitet dementsprechend voran".

Zitiert wird auf der Website die berühmte, globalisierungskritische indische Schriftstellerin, Arundhati Roy, mit den Worten: "Der irakische Widerstand kämpft auf der Frontlinie des Kampfes gegen das Imperium. Und daher ist dieser Kampf unser Kampf."

Berliner Versammlungsbehörde hatte anderen Kongress verboten

Im Herbst vergangenen Jahres hatte die Berliner Versammlungsbehörde einen "Islamisten-Kongress" verboten, weil dessen Initiatoren in ihrem Internet-Aufruf offenbar Gewaltakte und Selbstmordattentate gegen Israel und die USA gebilligt oder verherrlicht hatten. Hinter der jetzt geplanten Veranstaltung stünden "weitgehend andere Organisationen", sagte Innensenator Körting.

Der Tagesspiegel online – gedruckte Ausgabe vom 14.01.2005

Prediger klagt gegen Ausweisung Imam wendet sich ans Verwaltungsgericht

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/index.asp?gotos=http://archiv.tagesspiegel.de/toolbox-neu.php?ran=on&url=http://archiv.tagesspiegel.de/archiv/14.01.2005/1589730.asp#>

Ressort: Berlin

Kurz vor Ablauf der Frist zur freiwilligen Ausreise ist unklar, ob der Kreuzberger Imam Yakup T. Berlin verlässt. Der türkische Prediger, der Selbstmordattentäter gelobt und gegen Deutsche gehetzt hatte, ließ über seinen Anwalt beim Verwaltungsgericht eine Klage gegen die von der Ausländerbehörde im Dezember 2004 verfügte Ausweisung einreichen. Außerdem ging dem Gericht ein Eilantrag zu, mit dem der am Wochenende drohende Vollzug der Ausweisung verhindert werden soll. Die Ausländerbehörde hatte dem Imam in dem Bescheid zur Ausweisung mitgeteilt, wenn er nicht bis zum 15. Januar Deutschland verlassen habe, werde die Ausreise zwangsweise durchgesetzt. Innensenator Ehrhart Körting sagte am gestrigen Donnerstag im Verfassungsschutz-Ausschuss des Abgeordnetenhauses, die juristische Klärung werde in Ruhe abgewartet. Körting warnte vor „falscher Hektik“.

Sollte das Verwaltungsgericht den Eilantrag des Imams abweisen, könnte er sich mit einer Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht wenden. Würde auch diese Instanz gegen Yakup T. entscheiden, wäre seine Ausreise nur noch eine Sache von Tagen, hieß es gestern in Sicherheitskreisen. Es würde sofort für den Imam einen Flug gebucht. Erschienen Yakup T. dann nicht am Flughafen, käme er in Abschiebegewahrsam.

Der Prediger der Kreuzberger Mevlana-Moschee, die von der Islamischen Föderation betrieben wird, hatte im Juni 2004 in Kreuzberg in schwülstigen Worten Selbstmordattentäter im Irak und in Israel verherrlicht. Außerdem behauptete er im November vor Gläubigen in der Mevlana-Moschee, Deutsche seien nutzlos und würden stinken. Diese Passage der Predigt schnitt ein Kamerateam des ZDF-Magazins „Frontal 21“ mit. Der im November ausgestrahlte Beitrag rief Empörung hervor. Die Islamische Föderation suspendierte den Imam, der sich in einem offenen Brief für seine Worte entschuldigte. Später bestritt Yakup T. jedoch, er habe Deutsche beleidigen wollen.

Unterdessen wird in Berlin wieder ein Kongress geplant, auf dem der irakische Widerstand unterstützt werden soll. Ein „Deutsches Solidaritätskomitee Freier Irak“ ruft im Internet zur einer „Internationalen Irak-Konferenz“ auf, die am 12. März in Kreuzberg stattfinden soll. Sicherheitsexperten rechnen Veranstalter und Unterstützer dem Spektrum deutscher Linksextremisten und arabischer Nationalisten zu. Es seien auch Anhänger Saddam Husseins dabei, die schon im Oktober 2004 an der Planung eines „Arabisch-Islamischen Kongresses“ beteiligt gewesen sind, hieß es in Sicherheitskreisen. Den Kongress hatte Innensenator Körting verboten, weil die Billigung terroristischer Aktivitäten im Irak und in Israel zu erwarten war. Die Vorbereitung der jetzt geplanten Konferenz will Körting „aufmerksam beobachten“. fan/OD

Berliner Zeitung - Freitag, 14. Januar 2005

Erneut Kongress in Berlin geplant

<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/berlin/412372.html?2005-01-14>

ulp.

Nach dem Verbot eines Islamisten-Kongresses im vergangenen Jahr ist in Berlin erneut eine islamisch-arabische Konferenz geplant. Sie soll am 12. März im Henrik-Kraemer-Haus an der Kreuzberger Lindenstraße 85 stattfinden. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sagte am Donnerstag vor dem Verfassungsschutzausschuss des Parlaments, die Konferenz solle die aktuelle Situation im Irak zum Thema haben. Wie viele Teilnehmer zu der Veranstaltung erwartet werden, konnte der Verfassungsschutz gestern noch nicht mitteilen. Körting sagte, organisiert werde die Veranstaltung von Anhängern des früheren Regimes von Saddam Hussein und von linken Gruppierungen - es seien teilweise die gleichen Vertreter, die den im vergangenen Jahr verbotenen Kongress durchführen wollten. Im vergangenen Jahr sollte vom 1. bis 3. Oktober ein "erster Arabischer Islam-Kongress" in Berlin stattfinden. Er war nach massiven Protesten von der Polizei verboten worden, weil in einem Kongress-Aufruf Selbstmordattentate in Israel befürwortet worden waren.

Innensenator Körting sagte gestern, seine Behörde werde die geplanten Aktivitäten für den neuen Kongress im März beobachten. Er sehe aber keine Handhabe, dagegen vorzugehen. Der gewählte Ort für die Veranstaltung liegt indes ganz in der Nähe des Jüdischen Museums. Das befindet sich in der Lindenstraße 9-14. (ulp.)

B.Z. (Berlin) Politik - 14-01-2005 - 18:59 Uhr

Saddam-Sympathisanten planen Haß-Kongreß in Berlin

<http://bz.berlin1.de/aktuell/news/050115/saddam.html>

Berlin - Sympathisanten des irakischen Diktators Saddam Hussein planen für den 12. März einen Kongreß in Berlin. Auf der Tagung im Hendrik-Kraemer-Haus in der Lindenstraße (Kreuzberg) soll es um die Folgen des Irak-Krieges und die Solidarität mit dem alten Regime gehen. Claus Guggenberger, Sprecher des Berliner Verfassungsschutzes zur BZ: "Die Teilnehmer sind Mitglieder der früheren irakischen Baath-Partei. Sie kommen aus verschiedenen Orten in die Hauptstadt. Erwartet werden ebenfalls Linksextremisten aus dem Raum Nordrhein-Westfalen."

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) kündigte an, die Veranstaltung "genau zu beobachten". Seine Sprecherin Henrike Morgenstern sagte der BZ: "Bis zu diesem Zeitpunkt gibt es keinen Anlaß, das Treffen zu verbieten."

Im vergangenen Jahr wurde ein für Oktober geplanter Islamistenkongreß in Berlin verboten, einer der Initiatoren ausgewiesen.

Spiegel online - 14. Januar 2005, 18:43

Konferenz in Berlin - Saddam-Fan unter Irak-Freunden

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,336819,00.html>

Von Yassin Musharbash

Linksextreme und Friedensbewegte wollen in Berlin eine Irak-Konferenz abhalten. Die ist nun ins Visier des Innensensors geraten: Saddam-Anhänger seien beteiligt. Gemünzt ist der Vorwurf offenbar auf Aziz Alkazaz, Mitarbeiter des Deutschen Orientinstituts. Er wurde schon oft beschuldigt, Saddams Mann in Deutschland zu sein.

Berlin - Noch heute Vormittag hatte sein Chef ihn gewarnt: "Das ist nichts für Sie", sagte Udo Steinbach, Leiter des renommierten Deutschen Orientinstituts (DOI) in Hamburg, zu seinem Mitarbeiter. Zufällig war Steinbach im Internet auf einen Kongressaufruf gestoßen, der sich im März in Berlin mit der US-Besatzung des Irak befassen soll und dessen Tendenz ihm nicht behagte.

Guter Instinkt - aber schlechtes Timing: Steinbach war entgangen, dass Berlins Innensenator Eckhart Körting (SPD) bereits gestern vor dem Verfassungsschutzausschuss über das Treffen gesprochen hatte. Anhänger des gestürzten irakischen Diktators Saddam Hussein, so Körting, seien unter den Veranstaltern. Gemünzt waren diese Bemerkungen offenbar auf eben jenen Mitarbeiter, den Steinbach eigentlich vor sich selbst und seinem notorisch zweifelhaften politischen Engagement hatte schützen wollen: Aziz Alkazaz.

Dabei ist vollkommen unklar, ob Alkazaz überhaupt an der Konferenz teilzunehmen gedenkt. Sicher ist bislang nur folgendes: Alkazazs Name ist der erste auf einer Liste von Unterstützern des "deutschen Solidaritätskomitee Freier Irak", auf dessen Internetseite www.freeiraq.de zu dem Kongress aufgerufen wird. Der entsprechende Link findet sich neben einem Bild und einem markigen Zitat der indischen Intellektuellen Arundhati Roy: "Der irakische Widerstand kämpft auf der Frontlinie des Kampfes gegen das Imperium. Und daher ist dieser Kampf unser Kampf." Gleich darunter gibt es ebenfalls Deutliches zu lesen, einen Aufruf nämlich zur "Solidarität mit dem irakischen Volk und seinem legitimen Widerstand".

"Etwas blauäugig"

Diese Indizien reichten der Berliner Innenbehörde gestern, um vorsorglich Alarm zu schlagen. Kein Wunder: Die Erinnerungen an eine im Herbst 2004 geplante Konferenz zu einem ähnlichen Thema sind noch frisch. Das Treffen konnte seinerzeit gerade noch rechtzeitig verboten werden. Im Vorfeld waren damals Märtyreroperationen verherrlicht und der gewalttätige Widerstand im Irak gerechtfertigt worden.

Zwar sind dergleichen bellizistische Töne bislang noch nicht zu vernehmen, aber der Name Alkazaz löst - nicht gänzlich ohne Grund - gewisse Reflexe aus. Schon oft wurde dem DOI-Mitarbeiter vorgeworfen, das deutsche Sprachrohr Saddams zu sein. Vor zwei Jahren bekannte auch sein Chef Steinbach, Alkazaz sei Saddam gegenüber "etwas blauäugig"; rauswerfen wollte er ihn deswegen nicht. Aber Alkazaz wurde verwarnet: Für das DOI darf er nicht mehr offiziell über den Irak reden.

Aufgefallen war Alkazaz in der Vergangenheit vor allem, weil er Saddam partout nicht kritisieren wollte, sondern ihn stattdessen meistens in Schutz nahm. Selbst der Einsatz von Giftgas durch das Regime in Bagdad gegen die Kurden im eigenen Land entlockte ihm nur die Bemerkung, er habe "solche und solche Berichte gelesen". Überhaupt, erklärte er einmal im "ARD-Pressclub", sei die "Dämonisierung Saddam Husseins leider sehr irrational". Die Iraker, sagte er 2002 in einem Interview, "verdanken Saddam die goldenen siebziger Jahre, eine Zeit der Modernisierung und großer wirtschaftlicher Blüte". Volk und Diktator seien deshalb angesichts des Uno-Embargos sogar noch zusammengerückt.

Im Radar des Verfassungsschutzes

Auch ins Radar des Bundesamtes für Verfassungsschutz geriet Alkazaz, weil er jedes Jahr Irak-Reisen für regimetreue Exilanten organisierte. Im Jahresbericht des Amtes aus dem Jahr 1998 hieß es dazu, die Reisetrippe sei ein Rekrutierungsreservoir für den irakischen Geheimdienst. Es gehe darum, "im Ausland lebende Iraker ... dazu zu bewegen, sich in ihrem derzeitigen Wohnland in jeglicher Hinsicht für die Belange des Irak einzusetzen". Gleich neun irakische Oppositionsgruppen schrieben einen Brief an Bundesaußenminister Joschka Fischer und behaupteten dasselbe.

Noch, heißt es in der Berliner Innenbehörde, gebe es keine Hinweise, dass man auch diese Konferenz verbieten müsse. Aber: "Wir werden die Sache im Auge behalten." Die Planer der Konferenz, die vor allem der linksextremistischen und friedensbewegten Szene entstammen, Organisationen wie Attac, der PDS, mehreren kommunistischer Gruppen und internationalen Solidaritätsinitiativen, sind ob der angeblichen Causa Alkazaz überrascht und naturgemäß wenig erfreut. Die Berliner Mutmaßungen über den Saddam-Fan Alkazaz drohen, die Friedensfreunde und Solidaritäts-Aktivisten in ein falsches Licht zu rücken.

Die Konferenz erscheint dadurch außerdem wesentlich gewichtiger, als sie ohne die unwillkommene Publicity je geworden wäre: Nur etwa 20 Planer waren beim ersten Vorbereitungstreffen für den Kongress im November in Frankfurt anwesend. Für das zweite Treffen am Sonntag in Berlin werden nur wenig mehr erwartet. Ziel der Konferenz, erklärte Mitorganisator Joachim Guilliard vom "Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg" SPIEGEL ONLINE, sei vor allem, Informationen zu erhalten. Unter anderem wolle man sich von Völkerrechtlern erklären lassen, wie es um das legitime Widerstandsrecht in besetzten Gebieten bestellt sei. Auch der Frage, warum die Anti-Irak-Kriegsbewegung so eingebrochen sei, werde man nachgehen.

Wie sieht das Recht auf Widerstand aus?

Unter den Organisatoren sei es Konsens, dass "es ein legitimes Widerstandsrecht in einem Land gibt, das angegriffen und besetzt wurde", so Guilliard weiter. Aber natürlich decke dieses Recht nicht alles. Wer ist ein Widerstandskämpfer, wer ein Terrorist - auch über diese Frage soll die Konferenz Aufschluss geben. Zwar gebe es einige Planer, die "unkritischer in der Gewaltfrage", und andere, die pazifistischer seien. Aber für die Warnung Körtings, dass Sympathisanten und Anhänger des Schlächters vom Tigris an der Planung beteiligt seien, sieht der Heidelberger "keine Anhaltspunkte".

Auch der Aufruf zu dem Kongress ist eher zahm geraten "Gegen deutsche Komplizenschaft mit der Besatzung" - das ist noch der markigste Satz darin. Nur zum Vergleich: Bei der im Herbst verbotenen Konferenz war von "zionistischen Terrorbanden" die Rede gewesen, die Internetseite der Veranstalter fand man unter www.anamoqawem.org - was auf Arabisch "Ich bin ein Widerstandskämpfer" bedeutet.

Netzeitung.de - 13. Jan 2005 17:05

Anhänger Husseins planen Kongress in Berlin

<http://www.netzeitung.de/deutschland/320959.html>

Sympathisanten des gestürzten irakischen Diktator Saddam Hussein wollen sich am 12. März in Berlin treffen.

Anhänger und Sympathisanten des früheren irakischen Machthabers Saddam Hussein planen für den 12. März eine Tagung in Berlin. Wie die Berliner Innenverwaltung am Donnerstag laut dpa mitteilte, soll es auf dem Kongress unter anderem um die Folgen des Krieges im Irak und die Solidarität mit dem alten Regime gehen.

An der Organisation der Veranstaltung seien unter anderem Linksextremisten aus Nordrhein-Westfalen beteiligt sowie die Initiatoren des im Herbst vergangenen Jahres verbotenen Islamistenkongresses.

Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) sieht zurzeit keinen Grund, gegen die Irak-Veranstaltung vorzugehen. Im Parlamentsausschuss für Verfassungsschutz kündigte er aber an: «Wir werden das beobachten.»
(nz)

Kurier.at, nachrichten nonstop - Artikel vom 13.01.2005 |apa,dpa |grü

Berlin: Saddam-Anhänger planen Kongress

<http://www.kurier.at/ausland/858144.php>

Berlin- Anhänger des gestürzten irakischen Diktators Saddam Hussein planen für den 12. März einen Kongress in Berlin. Zu den Organisatoren gehören nach Angaben der Berliner Innenverwaltung vom Donnerstag auch Linksextremisten aus Nordrhein-Westfalen. Auf der Tagung solle es unter anderem um die Folgen des Krieges im Irak und die Solidarität mit dem alten Regime gehen. Berlins Innensenator Ehrhart Körting sagte im Parlamentsausschuss für Verfassungsschutz, "wir werden das beobachten". Derzeit gebe es keinen Grund, gegen die Veranstaltung vorzugehen.

Einen für vergangenen Oktober geplanten Islamistenkongress mit bis zu 800 Teilnehmern in der Hauptstadt hatte die Ordnungsbehörde im Herbst verboten. Im damaligen Kongressaufruf im Internet war unter anderem der Widerstand gegen "amerikanischen, zionistischen Terror" befürwortet worden. Einer der Hauptinitiatoren der Konferenz wurde aus Deutschland ausgewiesen. Einige der damaligen Organisatoren sollen jetzt auch den Kongress im März mit vorbereiten.

Spiegel Online - 13. Januar 2005, 19:42

Saddam-Anhänger planen Konferenz

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,336680,00.html>

Berlin

Sympathisanten von Saddam Hussein wollen im März in Berlin eine internationale Irak-Konferenz abhalten. Die Anhänger des gestürzten Diktators wollen über irakischen Widerstand und internationale Solidarität beraten.

Berlin - Der Kongress sei für den 12. März geplant, sagte Innensenator Ehrhart Körting (SPD) am Donnerstag. "Wir beobachten das", betonte der Senator und fügte hinzu, bisher gebe es keine Anhaltspunkte, die für ein Verbot sprechen.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte die Berliner Versammlungsbehörde einen Islamisten-Kongress verboten, weil dessen Initiatoren in ihrem Internet-Aufruf Gewaltakte und Selbstmordattentate gegen Israel und die USA gebilligt oder verherrlicht hatten.

Hinter der jetzt geplanten Veranstaltung stünden weitgehend andere Organisationen, sagte Körting. Als Themen des Treffens geben die Initiatoren im Internet die "Besatzungspolitik der USA", den "irakischen Widerstand" und "Möglichkeiten der internationalen Solidarität" an.